Heiße Tage im Herbst

Zur Geschichte des Oktoberstreiks 1950 in Oberösterreich

Eine Dokumentation der KPÖ-Oberösterreich

Vorwort

Geht es nach den Aussagen führender RepräsentantInnen der Sozialdemokratie und des ÖGB, dann ist die Sozialpartnerschaft der Wesenszug der österreichischen Politik schlechthin. Von manchen besonders Pflichteifrigen sogar als Exportartikel und Modell für die EU angepriesen, findet sie in Brüssel jedoch wenig Resonanz, denn das „Europa der Konzerne“ setzt lieber auf neoliberalen Turbokapitalismus und auch in Österreich neigt sich die Ära des „sublimierten Klassenkampfes“ (Bruno Kreisky) ihrem Ende zu.

Daß die Lohnabhängigen in Österreich nicht immer so unterwürfig gegenüber dem Kapital waren wie das heute nach jahrzehntelanger Entpolitisierung durch die Sozialpartnerschaftspolitik des ÖGB der Fall ist, zeigte sich 1950 bei der größten Streikauseinandersetzung der 2. Republik, dem Oktoberstreik, der in mehrfacher Hinsicht auch ein Wendepunkt für die Entwicklung in Nachkriegsösterreich war.

Entgegen sogar heute noch gelegentlich kursierenden Meinungen von Historikern oder Politikern war der Oktoberstreik kein kommunistischer Putschversuch. Allein der Fakt, daß diese Streikbewegung ihren Ausgang in der Voest und den Steyr-Werken in der US-amerikanischen Besatzungszone nahm, ist ein klares Argument gegen diese billige antikommunistische Propagandabehauptung, mit der insbesondere SPÖ, ÖGB und Arbeiterkammer jahrzehntelang versucht haben diesen Streik seines Charakters zu entkleiden und davon abzulenken, daß sie 1950 auf der falschen Seite gestanden sind.

Die vorliegende Broschüre beschränkt sich auf die Darstellung der Ereignisse in Oberösterreich, wo der Streik seinen Anfang nahm und seine größte Schärfe erreichte. Als KommunistInnen bekennen wir uns stolz zu dieser Tradition des Aufbegehrens gegen soziale Ungerechtigkeit und erinnern 50 Jahre nach dem Oktoberstreik bewußt an das Instrument des Streiks als legitimes Mittel der Klassenauseinandersetzung.

Leo Mikesch,
KPÖ-Landesvorsitzender

● PS: Zur Finanzierung der vorliegenden Dokumentation ersuchen wir um Spenden mit beiliegendem Erlagschein. Danke!

Die neuen Preise und Löhne

Die Preiserhöhungen:

Brot	von S 1,90	auf S 2,40,	das sind	26,3 Prozent
Semmeln	von S –,17	auf S –,27,	das sind	58,8 Prozent
Mehl	von S 1,82	auf S 2,98,	das sind	63,7 Prozent
Grieß	von S 2,50	auf S 3,30,	das sind	32 Prozent
Zucker	von S 4,10	auf S 5,50,	das sind	34,1 Prozent

Die Kohle wird um durchschnittlich 50 Prozent, der Strompreis um durchschnittlich 42 Prozent erhöht. Den Preiserhöhungen von Fett, Fleisch, Schuhen, Textilien und anderen lebenswichtigen Artikeln ist keine Grenze gesetzt. Von den Preiserhöhungen der Lebensmittel schrieb die „Arbeiter-Zeitung“ vom 21. September, daß dies nur die erste Rate sei.

Die Lohnerhöhungen betragen durchschnittlich 10 Prozent, wobei die erhöhten Abzüge der Lohnsteuer und der Sozialversicherungsbeiträge abzuziehen sind. Nur ein Bruchteil der Einbußen, die die Lohn- und Gehaltsempfänger bisher erlitten haben und die nach einer Schätzung der Arbeiterkammer 17 Prozent betragen, werden abgegolten — von den Verlusten, die das neue Abkommen bringt, ganz zu schweigen.

Das sind die Tatsachen

des von den VP- und SP-Führern hinter dem Rücken des Volkes ausgepackelten Abkommens, von denen auch eine gesteigerte Antikommunistenhetze nicht ablenken kann.

Nur die Kommunisten sagten die Wahrheit! Nur die Kommunisten halten zum Volk!

Plakat der KPÖ zum 4. Lohn- und Preispakt

Chronik zum Oktoberstreik

● 1947: Appell der Regierung gegen Schwarzmarkt und Schleichhandel (14.1.). Hilfsabkommen zwischen den USA und Österreich (25.6.). Konferenz zum Marshall-Plan in Paris (27.6.-2.7.). 1. LPA (1.8.). Ministerrat beschließt Währungsschutzgesetz (18.11.). KPÖ-Minister Altmann scheidet als Protest gegen den Marschall-Plan aus der Regierung aus (19.11.). Zweites Währungsschutzgesetz (11.-24.12.).

● 1948: Abkommen über kostenlose Lebensmittellieferungen der USA (2.1.). Unterzeichnung des Marshall-Planes (2.7.). Beitritt zur Weltbank und zum IWF (27.8.). 2. LPA (16.9.). 1. Bundeskongreß des ÖGB (18.5.).

● 1949: Protest von 5.000 Arbeitern gegen LPA in Steyr (Mai). Bei der Arbeiterkammerwahl erreicht die GE in OÖ 7.206 Stimmen bzw. 5.8 Prozent und 5 Mandate (22.-23.10.). 3. LPA (22.11.). Zusammenschluß von GE und SPÖ in der Voest gegen die VdU-Mehrheit (28.12.). ÖGB scheidet aus dem WGB aus und tritt dem IBFG bei.

● 1950: Belegschaften von 88 Betrieben, 23 Ortsgruppen und 2 Landeskonferenzen von Gewerkschaften verlangen Lohnerhöhungen (2.8.-24.9.). Vizekanzler Schärf spricht über Geheimverhandlungen über 4. LPA (3.9.). KPÖ-Landesleitung beschließt landesweite Proteste gegen LPA (3. September). „Volksstimme“ veröffentlicht Liste der Waren die verteuert werden (7.9.). Vollversammlung der AK (13.9.). Arbeiter der ESG verlangen Prämie und fordern Protest gegen LPA (13.9.). KPÖ-Landessekretariat ruft zu Betriebsversammlung auf (21.9.). 4. Lohn-Preis-Abkommen (22.9.). Presse berichtet über 4. LPA (23.9.). Streikbewegung in Oberösterreich (25.9.-6.10.). Massive antikommunistische Ausfälle von SPÖ und ÖVP bei der Sitzung der ÖGB-Landesexekutive (11.10.). Attacken von SPÖ, ÖVP und VdU im AK-Vorstand gegen die KPÖ (18.10.). Politisch motivierte Entlassungen und Kündigungen von rund 350 Streikaktivisten in den Steyr-Werken, 350 in der Voest und 90 in Ranshofen und bundesweit Ausschluß von 85 kommunistischen Gewerkschaftern aus dem ÖGB (Oktober-Dezember). Erste Einigungsamtsverhandlung macht politischen Charakter der Entlassungen deutlich (28.11.). Ausschluß der KPÖ aus den AK-Ausschüssen und von AK-Rat Adolf Trapp aus der Vollversammlung bei der 5. AK-Vollversammlung (10.12.).

● 1951: Abschluß der Verfahren beim Einigungsamt (Februar). Beschlagnahme der „Arbeit“ wegen eines kritischen Artikels über den Oktoberstreik (Februar). Verwaltungsgerichtshof hebt Ausschluß von Trapp aus AK-Vollversammlung auf (9.7.). 5. LPA (16.7.). 2. Bundeskongreß des ÖGB (1.10.). Großer Erfolg der GE bei der Betriebsratswahl der Voest (4.12.). Neuerlicher Ausschluß von Trapp aus der AK-Vollversammlung (20.12.).

● 1952: Gründung der Gewerkschaftlichen Einheit.

● 1953: Endgültiger Ausschluß von Trapp aus der AK-Vollversammlung (30.1.).

● 1954: Bei der Arbeiterkammerwahl erreicht die GE in OÖ 8.430 Stimmen bzw. 5.8 Prozent und 5 Mandate (24.10.).

Der Oktoberstreik 1950 und die KPÖ in Oberösterreich:

„Mit Vehemenz ohnegleichen...“

Die größte Streikbewegung der 2. Republik, der sogenannte Oktoberstreik vom September und Oktober 1950 hatte seine Ursache im allgemeinen Unmut über die damals ausgehandelten Lohn-Preis-Pakte mit ihren Lohnstopps. Über die bereits Anfang September 1950 durchgesickerten Informationen zum 4. Lohn-Preis-Abkommen berichteten nur die kommunistischen Medien.

Eine Landesleitungssitzung der KPÖ-Oberösterreich vom 3. September 1950 bemühte sich, landesweit Aktionen gegen diese neue, von der ÖVP-SPÖ-Regierung geplante Belastungswelle zu organisieren. Die Landesleitung beschloß, zu Aktivitäten gegen die Preissteigerungen, für Vollbeschäftigung (wegen der drohenden hohen Winterarbeitslosigkeit) und gegen das 4. LPA aufzurufen und diese zu organisieren.

In einer Reihe von Betrieben wurden in Betriebsräten und Betriebsversammlungen Beschlüsse gegen das LPA gefaßt. So beschlossen etwa die 700 Arbeiter der Ebenseer Solvaywerke den Antrag des kommunistischen Betriebsrates Gregor Ellinger für einen Kampf zur Verhinderung des 4. LPA und zur Durchführung einer den Preiserhöhungen entsprechenden Lohnbewegung.

Die Linzer Stickstoffwerke-Belegschaft forderte die restlose Aufhebung der Reallohnverluste seit dem 3. LPA. Der Betriebsrat der Steyr-Werke forderte 15 bis 20 Prozent mehr Lohn und kündigte schärfste gewerkschaftliche Maßnahmen an, falls vor der Erfüllung ihrer Forderung noch weitere Preissteigerungen erfolgten. Auch der Arbeiter-Betriebsrat der Voest Linz forderte eine 15-prozentige Lohnerhöhung.

Demgegenüber verteidigte die sozialistische Parteiführung das LPA, da diesem eine Abgeltung „auf Heller und Pfennig“ folgen würde. Sie redete einer Spaltung von Arbeitern und Bauern das Wort, in dem die Bauernschaft als alleinschuldig hingestellt wurde. Sie leugnete, daß es „Geheimverhandlungen“ gebe: diese seien eine „plumpe kommunistische Hetze“.

Damit konnte die steigende Empörung, Kampf- und Streikbereitschaft der Arbeiter nicht abgewiegelt werden. In manchen oberösterreichischen Bezirken war kein Mehl mehr erhältlich, hielten Kaufleute Waren zurück. So wandte sich etwa der Braunauer ÖGB-Bezirkssekretär Zankl an die Gendarmerie(!), daß in den Betrieben deswegen Demonstrations- und Streikabsichten bestünden, jedoch in solchen Fällen die Gewerkschaft die Kontrolle über eine Demonstration verlieren könnte.

Am 21. September beschloß das Landessekretariat der KPÖ, angesichts des baldig zu erwartenden Abschlusses des LPA, in den folgenden Tagen verstärkt für die Ablehnung des LPA aufzutreten, Betriebsversammlungen abzuhalten und die unteren Gewerkschaftsorganisationen zur Aufnahme des Kampfes zu bringen.

Am 22. September informierte der Rundfunk, am 23. September die Tagespresse bundesweit über die Einigung der LPA-Verhandlungen, die am 26. September dem Ministerrat vorgelegt werden sollte. Überall, wo es kommunistische Positionen gab, wurden am Montag, den 25. September, Betriebsversammlungen gefordert und teilweise durchgeführt.

Eine Extraausgabe der Tageszeitung „Neue Zeit“ wurde vor den Betrieben verteilt, die u.a. hinwies: „Mit der Lüge von der Preissenkung haben die Regierungsparteien das Volk beschwindelt, mit der Preistreiberei plündern sie es aus ... ‘Arbeitervertreter’, die an diesen Geheimverhandlungen beteiligt waren, haben sich ... über alles hinweggesetzt, was die Arbeiter fordern ... Die Preistreiber haben ihren Pakt geschlossen. Nun haben die Arbeiter das Wort!“

Die große Empörung zeigte sich am Montagmorgen zu Beginn der Frühschicht in der Voest: Hier waren die Arbeitermassen bereit, weiter zu gehen, als in der „Neuen Zeit“ vorgeschlagen wurde. Die Voest-Gewerkschaftsortsgruppe - im Betriebsrat hatten die „Freiheitlichen“ (VdU-Verband der Unabhängigen) 14, die Sozialisten 12 und die Einheitsliste (KPÖ-nahe) 2 Mandate - berief für 14 Uhr eine Hauptvertrauensmännersitzung ein. Diese beschloß einstimmig einen einstündigen Warnstreik. Dieser Warnstreik wurde lückenlos und diszipliniert durchgeführt.

Auch im Heizhaus der Bundesbahnen in Linz zogen hunderte Bedienstete zum Büro des Vertrauensmännerausschusses und verlangten eine Betriebsversammlung und Aufklärung über das LPA. Die SP-Funktionäre lehnten ab, das Heizhaus (Belegschaft 1.000 Mann) legte kurzfristig die Arbeit nieder und zwang die sozialistischen Mitglieder der Werkstättenexekutive zur Abhaltung der Versammlung. Der Obmann der Werkstättenexekutive wurde aufgrund seines Verhaltens zweimal vom Podium gepfiffen. Die versammelte Belegschaft beschloß, eine Delegation zur Landesregierung und ÖGB-Landesexekutive zu entsenden. Jedoch wurde noch kein Streik beschlossen.

In Steyr, wo die kommunistische Betriebsorganisation rund 560 der etwa 7.000 Arbeiter der Steyr-Werke umfaßte, berieten am Abend des 25. September die Funktionäre der KPÖ. Es sollten am Dienstag, 26. September die kommunistischen Betriebsräte in der Betriebsratssitzung einen Streikantrag stellen. Gleichzeitig sollte die BO voll die Streikagitation aufnehmen, um die sozialdemokratische BR-Mehrheit für den Streik zu gewinnen. Am Dienstag, 26. September, nahmen aber manche Abteilungen der Steyr-Werke erst gar nicht die Arbeit auf.

August Mascher berichtete darüber: „Mit einer Vehemenz ohnegleichen gingen die Genossen in die Abteilungen, binnen einer halben Stunde wurden 7.000 Arbeiter von der BO mobilisiert, die vor dem BR-Gebäude standen und den BR zu einer Demonstration auf dem Stadtplatz gezwungen haben.“

In der Voest wurde unter dem Eindruck der jüngsten Berichte aus Steyr eine Demonstration in die Stadt in einer Vertrauensmännersitzung der Arbeiter beschlossen, worauf um 14.30 Uhr im gesamten Werk die Arbeit niedergelegt wurde.

Auf die Nachricht von der Demonstration der Voest-Arbeiter und daß sich die Stickstoffwerke anschließen würden, forderte die kommunistische BO im Heizhaus die Teilnahme an der Demonstration. Dies lehnte jedoch der sozialistische Obmann der Werkstättenexekutive ab. Darauf organisierten die Kommunisten die Teilnahme an der Demonstration, während die SPÖ-Funktionäre auf eine „Gefährdung der Arbeitsplätze“ hinwiesen und dabei von der Verwaltung unterstützt wurden. Als dann der Zug der Heizhausbediensteten abmarschierte, fanden sich allerdings auch die SPÖ-Funktionäre ein und stellten sich, wie in Steyr, mit an die Spitze. Ehe die Demonstration in die Stadt zog, wurden von den Arbeitern des Heizhauses die 1.500 Kollegen der Bundesbahn-Hauptwerkstätte herausgeholt.

Der Strom der Arbeiter der großen Betriebe - an der Spitze des Zuges die Voest-Arbeiter - forderte

auf einem Transparent „Weg mit dem Preistreiberpakt“. Auf dem Linzer Hauptplatz versammelten sich 20.000 Menschen. Im Verlauf dieses Dienstags, in dem die Bundesregierung das 4. LPA billigte, traten in Oberösterreich rund 60.000 ArbeiterInnen in etwa 120 Betrieben in den Streik...

Nach den wichtigsten Betrieben Oberösterreichs folgten im Protest gegen das 4. LPA Wien, die niederösterreichischen Industriegebiete und die Steiermark. Überall waren die Streiks mit Massendemonstrationen von Arbeitern aller Parteirichtungen verbunden. Die oberste Gewerkschaftsführung in Wien erklärte aber die Streiks für ungesetzlich. Auch die Bundesregierung lehnte unnachgiebig jegliche Verhandlungen mit den Streikenden ab. Damit fiel wiederum der KPÖ als einziger gesamtösterreichisch organisierter Kraft, die sich geschlossen hinter den Streik stellte, ein bedeutender Teil der politischen und organisatorischen Verantwortung für die Bewegung zu.

Das Politische Büro des ZK der KPÖ empfahl während des Streiks, diesen für einige Tage zu unterbrechen, um einer gesamtösterreichischen Betriebsrätekonferenz Gelegenheit zu geben, ein Forderungs- und Aktionsprogramm zu erstellen. Diese Betriebsrätekonferenz trat in Wien zusammen, richtete ihre Forderungen an die Regierung und beschloß bei Nichterfüllung am 4. Oktober die Ausrufung des Generalstreiks.

Diese Unterbrechung gab der Regierung und der ÖGB-Spitze eine Woche Zeit zu Gegenmaßnahmen auf allen Ebenen: massiver Druck auf sozialistische GewerkschafterInnen und BetriebsrätInnen, Verhaftungen kommunistischer Vertrauensleute, Mobilisierung der Gendarmerie gegen besetzte Betriebe, vor allem aber eine von den Massenmedien bis zur Hysterie betriebene Denunzierung des Streiks als kommunistischen Putschversuch.

Als am 4. Oktober der Streik wiederaufgenommen werden sollte, war die breite Bewegung des Beginns weg. Andererseits gingen vom Sekretär der Bauarbeitergewerkschaft, dem späteren Innenminister Franz Olah aufgestellte – und, wie später bekannt wurde, von der CIA finanzierte – Einsatzkommandos gewalttätig gegen Streikende und Demonstranten vor. Die Steyr-Werke, bundesweit gesehen eines der konsequentesten Zentren des Streiks, wurden von der Gendarmerie besetzt. Am 5. Oktober beschloß die Betriebsrätekonferenz den Streikabbruch.

Nach dem Streik wurden bundesweit an die tausend Beschäftigte der streikenden Betriebe gekündigt oder entlassen: je 350 bei der Voest Linz und in den Steyr-Werken, 90 in den Aluminiumwerken Ranshofen. In der Voest wurden wirtschaftliche Gründe angegeben, doch waren unter den gemaßregelten viele Aktivisten des Streiks und besonders Mitglieder der kommunistischen BO. In Steyr erfolgten die Kündigungen aufgrund von Berichten von Spitzeln, um die kommunistische BO ihrer aktiveren Mitglieder zu berauben. Auch zwei streikleitende Betriebsräte von Steyr wurden gekündigt, wozu das Einigungsamt zustimmte. In Ranshofen wurden die Kommunisten „bis auf den letzten Mann“ entlassen und auch der einzige kommunistische Betriebsrat Fritz Gerhartinger.

Die restlichen Maßregelungen gab es bei den Grazer SGP und Waagner-Biro-Werken, sowie in der Hütte Donawitz. Insgesamt wurden 22 Betriebsräte entlassen oder gekündigt, 12 von Donawitz, 2 von Steyr, 2 von Weyer bei Steyr, 1 von Ranshofen, 4 bei SGP Graz und 1 in Andritz (Graz).

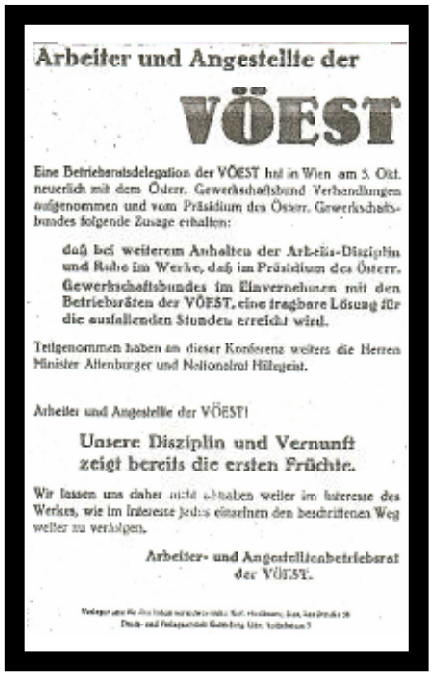
Die Verhaftung von Betriebsräten und streikenden Arbeitern erfolgte meist nach dem Staatsschutzgesetz von 1936 und dem Koalitionsgesetz von 1870. Es ist bezeichnend, daß das austrofaschistische Staatsschutzgesetz und das Taaffe´sche Ausnahmegesetz, das zugleich mit dem „Sozialistengesetz“ in den reaktionärsten Zeiten der Habsburgermonarchie beschlossen worden war und rundweg der Unterdrückung der ArbeiterInnen- und Gewerkschaftsbewegung diente, zur Anwendung kamen...

Die rabiat antikommunistische Ausgrenzungswelle führte bundesweit zu 85 Ausschlüssen führender kommunistischer Gewerkschafter, darunter des ÖGB-Vizepräsidenten und ÖGB-Mitbegründers 1945, Gottlieb Fiala. Auf Betreiben des SPÖ-Sozialministers Karl Maisel wurden fristlos die drei Sekretäre der Metallarbeitergewerkschaft Weidenauer (Wien), Gustl Moser (Steyr) und Blumenschein (Linz) entlassen. Ebenfalls fristlos entlassen wurden die kommunistischen ÖGB-Angestellten Hehs, Egon Kodicek, Neubauer und Szabo.

Setzten auch die Wahlen von Ende 1950 und 1951 für die KPÖ die Erfolge der vergangenen Jahre fort, so ist doch anzunehmen, daß die breite Masse der Arbeiterschaft die Niederlage im Oktoberstreik zu Entmutigung und geringerer Kampfbereitschaft führte. Streiks und Massendemonstrationen gingen ab 1951 zurück. Die ÖGB-Führung wurde nun zu einer flexibleren Taktik gezwungen: Im Frühjahr 1951 wurde von der Beschränkung auf ein generelles LPA abgegangen und den Einzelgewerkschaften ein größerer Spielraum in der Tarifpolitik eingeräumt. Die Lohnquote blieb 1951 und 1952 gleich. Der dann beginnende wirtschaftliche Aufschwung brachte in den nächsten Jahren neue Formen des Klassenkampfes.

Günther Grabner

● P.S.: Vorliegende Zeilen sind ein kurzer, geraffter Überblick aus Arbeiten von Prof. Peter Kammerstätter, der als Landessekretär der KPÖ in dieser schwierigen Zeit und als profundester Historiker der Arbeiterbewegung Oberösterreichs die genauesten Analysen dazu erstellt und veröffentlicht hat.



Arbeiter und Angestellte der

VÖEST

Eine Betriebsratsdelegation der VÖEST hat in Wien am 5. Okt. neuerlich mit dem Österr. Gewerkschaftsbund Verhandlungen aufgenommen und vom Präsidium des Österr. Gewerkschaftsbundes folgende Zusage erhalten:

daß bei weiterem Anhalten der Arbeits-Disziplin und Ruhe im Werke, daß im Präsidium des Österr. Gewerkschaftsbundes im Einvernehmen mit den Betriebsräten der VÖEST, eine tragbare Lösung für die ausfallenden Stunden erreicht wird.

Teilgenommen haben an dieser Konferenz weiters die Herren Minister Altenburger und Nationalrat Hillegeist.

Arbeiter und Angestellte der VÖEST!

Unsere Disziplin und Vernunft zeigt bereits die ersten Früchte.

Wir lassen uns daher nicht abhalten weiter im Interesse des Werkes, wie im Interesse jedes einzelnen den beschritenen Weg weiter zu verfolgen.

Arbeiter- und Angestelltenbetriebsrat der VÖEST.

Information des Betriebsrates der Voest

Das Zitat

„Die Behauptung, daß wir Kommunisten einen Putsch beabsichtigen, daß wir die Kampfbewegung der Arbeiterschaft gegen den Preistreiberpakt zu einem gewaltsamen Umsturz ausnützen wollten ... ist von A bis Z erlogen. Ich bin bereit zur Führung eines Prozesses, in dem ich diese Behauptung als Lüge brandmarken werden, auf meine Immunität als Nationalrat zu verzichten. Heraus mit dem geheimnisvollen ‘Beweismaterial’, das nirgends existiert, außer in den Zwecklügen der Regierungspolitiker und in der Phantasie der Spießbürger..."

KPÖ-Nationalratsabgeordneter Franz Honner am 10. Oktober 1950 im Parlament

Die Voest im September und Oktober 1950

Tatsachen gegen die Putschlüge

Wenn man über den September- und Oktoberstreik in den Voest-Werken berichtet, muß man auch die damaligen politischen Kräfte im Werk und die Zusammensetzung des Betriebsrates der Voest in den 50er Jahren kennen. Die letzten Betriebsratswahlen im Dezember 1949 vor dem großen Streik im Oktober brachten folgendes Ergebnis:

- Arbeiter: SPÖ 3.051 Stimmen, 43.1 Prozent, 12 Mandate, GE 673 Stimmen, 9.5 Prozent, 2 Mandate, VdU 3.293 Stimmen, 46.2 Prozent, 14 Mandate, ÖVP 56 Stimmen, 0.8 Prozent, kein Mandat
- Angestellte: SPÖ 629 Stimmen, 49.5 Prozent, 7 Mandate, GE 95 Stimmen, 7.7 Prozent, 1 Mandat, VdU 427 Stimmen, 33.6 Prozent, 5 Mandate, ÖVP 115 Stimmen, 9.2 Prozent, 1 Mandat

Bei der konstituierenden Sitzung am 28. Dezember 1949 gab laut Protokoll der Sprecher der sozialistischen Fraktion, BR Brauneis, folgende Stellungnahme ab: Er erklärte den Zusammenschluß der Betriebsräte der SPÖ und der Liste der Gewerkschaftlichen Einheit in eine Gruppe. Brauneis stellte den Antrag einer geheimen Wahl für den Betriebsratsobmann.

BR Luckeneder erklärte dazu, daß der Zusammenschluß mit allen Mandaten und Stimmen, auch der Reststimmen, erfolgte. Sozialisten und Kommunisten mußten sich zusammenschließen, um das Vordringen des VdU in den Betrieben zu stoppen. In geheimer Wahl wurden Brauneis zum Obmann und Födinger und Dellinger zu Stellvertretern gewählt. Im Jänner 1950 anerkannten die 14 VdU-Betriebsräte den Zusammenschluß der marxistischen Betriebsräte. Erst nach der Bereichseinteilung der Betriebsräte aller Fraktionen im Betrieb wurde der Arbeiterbetriebsrat richtig arbeitsfähig.

Im Februar 1950 fanden in allen Abteilungen der Voest die Wahlen für die Vertrauensmänner statt. In der Vollversammlung der Vertrauensmänner wurde Födinger zum Obmann gewählt, Kührer und Paschinger zu Stellvertretern. Diese Wahl erfolgte wiederum in voller Übereinstimmung. Ende März erfolgte die erste Aussprache aller Betriebsräte mit den Generaldirektor über betriebswirtschaftlich und arbeitsrechtliche Fragen.

Im August 1950 forderten 170 Kollegen in der Vertrauensmänner-Vollversammlung eine 15-prozentige Erhöhung der Löhne. Die Sprecher in der Vollversammlung waren Landessekretär der Metall- und Bergarbeiter, Kopp, BRO Brauneis, Födinger, Kührer und Paschinger. Der eingebrachte Antrag über die erwähnte Lohnerhöhung von 15 Prozent wurde einstimmig beschlossen. Kopp, Födinger, Kührer und Paschinger wurden beauftragt die Forderung beim Zentralvorstand der Metall- und Bergarbeiter in Wien vorzutragen.

Im weiteren wurde an den Betriebsrat der Hütte Donawitz und der Steyr-Werke die Aufforderung gerichtet, sich den Forderungen der Voest-Gewerkschafter anzuschließen. Die lohnpolitische Lage spitzte sich dann innerhalb weniger Tage dramatisch zu.

Am Samstag, 23., und Sonntag, 24. September, gaben Radio und Presse Einzelheiten über das neue Lohn- und Preisabkommen bekannt, das vom Ministerrat am Dienstag, 26. September beschlossen werden sollte. Es beinhaltete folgende Hauptpunkte: Erhöhung der Preise von 20 bis 30 Prozent, Erhöhung der Löhne und Gehälter im Durchschnitt von 14 Prozent.

Montag, 25. September

Große Empörung in der Arbeiterschaft über das geplante Preis- und Lohnabkommen: In allen Betrieben und Abteilungen wurde erregt diskutiert. Unter dem Eindruck dieser Stimmung wurde um 10 Uhr eine gemeinsame Sitzung des Arbeiter- und Angestelltenbetriebsrates einberufen. In dieser Sitzung wurde mit Stimmenmehrheit der Beschluß gefaßt um 15 Uhr eine Betriebsvollversammlung abzuhalten.

Um 13 Uhr berief die Gewerkschaftsortsgruppe der Arbeiter die Hauptvertrauensmänner zu einer Sitzung ein, dabei kam es einstimmig zum Beschluß von 15 bis 16 Uhr einen Warnstreik durchzuführen, der auch lückenlos durchgeführt wurde. Die Angestellten schlossen sich an, ohne daß ein besonderer Beschluß gefaßt worden wäre, weil eine Gewerkschaftsgruppe der Angestellten damals noch nicht existierte.

Während des Streiks wurde von der Belegschaft in den Betrieben überall über den neuen Pakt diskutiert und dieser schärfstens abgelehnt. Der Warnstreik vom 25. September sollte der Regierung ein Signal geben, daß die Arbeiterschaft der Voest den Lohn- und Preispakt einmütige ablehnt und zu weiteren Kampfmaßnahmen bereit ist.

Dienstag, 26. September

Im ganzen Werk herrschte großer Unmut und Proteststimmung. Im Laufe des Vormittags trafen die ersten Nachrichten über die große Protestkundgebung der Steyrer Arbeiterschaft ein, die auf den Hauptplatz stattfand (16.000 Teilnehmer).

Die Empörung der Arbeiter und Angestellten stieg von Stunde zu Stunde. Aus diesem Grunde wurde von der Gewerkschaftsortsgruppe eine Vertrauensmännerversammlung einberufen. Die Vertrauensmänner brachten die große Empörung der Arbeiter zum Ausdruck. Sie sprachen ohne Unterschied der Partei eine klare Sprache: Ablehnung des Paktes! Nahezu einstimmig (3 Stimmenthaltungen) wurde der Beschluß gefaßt um 14.30 Uhr die Arbeit niederzulegen und einen Protestmarsch zum Linzer Hauptplatz durchzuführen. Gleichzeitig wurde eine Delegation gewählt, die bei der oö Landesregierung die Empörung der Arbeiter und Angestellten deponieren sollte.

In der Betriebsratssitzung der Angestellten wurde ebenfalls einstimmig beschlossen sich am Protestmarsch der Arbeiter zu beteiligen. Pünktlich um 15 Uhr begann der Marsch der 10.000 Arbeiter und Angestellten der Voest durch die Straßen der oberösterreichischen Landeshauptstadt. An der Spitze marschierten die Betriebsrats- und Gewerkschaftsobmänner aller Fraktionen. Der Protestmarsch wurde mit größter Disziplin durchgeführt. Er hinterließ bei den Teilnehmer den bleibenden Eindruck, daß die größte Stärke der Arbeiterschaft in der Einheit liegt. Fast alle größeren Betriebe in Linz schlossen sich mit Abordnungen an und so versammelten sich auf den Hauptplatz rund 20.000 Menschen.

Durch stürmische Protestkundgebungen unterbrochen, wurden die Berichte der Betriebsdelegationen vom Balkon des Linzer Rathauses angehört. Spontan kam die Entschlossenheit zum Ausdruck, den Kampf gegen den 4. Lohn- und Preispakt aufzunehmen und die Regierung aufzufordern den Pakt zurückzuziehen. Die Versammlung wurde um 18 Uhr ohne Zwischenfälle geschlossen. Nach der Kundgebung am Hauptplatz begaben sich die Schichtarbeiter des Walzwerkes in den Betrieb. Es wurde nicht gearbeitet, aber umso heftiger diskutiert. In den kontinuierlichen Betrieben (Hochofen, Kokerei) wurde gearbeitet. Die Arbeiterschaft zeigt ihre Stärke.

Mittwoch, 27. September

Die Arbeiter der Betriebe erschienen pünktlich zur Tagschicht. Die Sirenen ertönten in allen Betrieben, aber die Arbeit wurde nirgends aufgenommen. Überall standen Gruppen von Arbeitern beisammen und besprachen die Lage. Der Betriebsrat versäumte es sich sofort führend und organisierend an die Spitze des Kampfes zu stellen. Erst um 9 Uhr wurde durch den Druck und Forderung der Belegschaft die Betriebsratsitzung der Arbeiter und Angestellten einberufen.

Die Betriebsräte anerkannten den Streik und wählten um 10 Uhr ein Streikkomitee aus 11 Kollegen aller Fraktionen. BR Rudolf Kührer wurde als Vorsitzender und BR Paul Födinger als sein Stellvertreter einstimmig gewählt. Die Betriebsratzimmer im Betriebsgebäude IV waren der Sitz der zentralen Streikleitung. Das Streikkomitee war der einheitlichen Auffassung, daß der Streik so geführt werden müßte, daß die technischen Anlagen des Werkes keinen Schaden erleiden.

Der Streik wurde also nicht gegen die Werksleitung geführt, sondern gegen die Unterzeichner des Lohn- und Preispaktes in Wien. Die Hüttendirektion schaffte eine technische Beratungsstelle die gemeinsam mit dem Streikkomitee die technischen Probleme löste und Tag und Nacht im Einsatz war. Unter der Führung des Gewerkschaftsobmannes Födinger wurde eine Delegation zum ÖGB nach Wien entsandt, um den zentralen Stellen den Ernst der Lage darzulegen. Die Delegation überreichte die einheitlich beschlossenen Forderungen.

Im Werk gab es für das Streikkomitee reichlich Arbeit. Die Telefone liefen heiß. Um 14 Uhr fuhren Emmerich Eckhart und Rudolf Kührer mit den Hüttenverantwortlichen zu den Arbeitern der Erzaufbereitung. Dort erklärten sie den Standpunkt des gesamten Streikkomitees, daß der Notbetrieb bei den Hochöfen aus technischen Gründen aufrecht bleiben müsse. Aus diesem Grunde war eine gedrosselte Erzzufuhr unbedingt erforderlich.

Auch die Streikleitungen der Linzer Betriebe riefen immer zur Disziplin auf. Provokateure versuchten wiederholt durch wilde Aktionen die Arbeit des Streikkomitees zu erschweren. Um 17 Uhr tagte in der Linzer Arbeiterkammer eine Konferenz von Betriebsräten aller Linzer Betriebe, auf der den nächsten Tag eine Großkundgebung um 11 Uhr auf dem Hauptplatz unter Teilnahme aller Linzer Betriebe beschlossen wurde.

Donnerstag, 28. September

Die Voest-Delegation kehrte in der Nacht ohne positive Ergebnisse aus Wien zurück, nachdem sie beim ÖGB durch den Zentralsekretär Geiger und seinen Mitarbeitern eine geradezu skandalöse Behandlung erfahren hatte. Das Streikkomitee tagte um 7 Uhr früh mit den Kollegen, die bei der Linzer Konferenz in der Arbeiterkammer teilgenommen hatten und mit den Delegierten, die beim ÖGB in Wien vorgesprochen hatten. Unter dem Eindruck der allgemeinen Kampfentschlossenheit der Arbeiter und Angestellte kam es zu folgenden Beschlüssen:

- 1. Es wird weiter gestreikt.
- 2. Es wird nicht marschiert, damit es zu keinen wilden Aktionen kommt.
- 3. Für 12 Uhr soll eine Konferenz der wichtigsten oberösterreichischen Betriebe im Voest-Gebäude in der Muldenstraße einberufen werden.

Um 9 Uhr berief der Angestelltenbetriebsratsobmann Seebacher eine Sitzung in die Direktion in der Muldenstraße ein, bei der einstimmig beschlossen wurde, das Streikkomitee des Werkes um je 2 Angestellte des VdU und der SPÖ zu erweitern. Um 12 Uhr begann im Speisesaal der Generaldirektion (Muldenstraße) die Beratung der Vertreter der oberösterreichischen Betriebe.

Zum größten Teil waren es Betriebsräte und Vertrauensmänner von Linzer Betrieben. Zur Beratung kam auch der Landesobmann der Metall- und Bergarbeiter von Oberösterreich, Pallestrong. Er hielt eine Ansprache in der er ausführte: „Es geht nicht mehr um den 4. Lohn- und Preispakt, sondern um die Erhaltung der Arbeitsplätze".

Die Ausführungen von Pallestrong wurden von der Mehrheit der Teilnehmer der Konferenz nicht akzeptiert. Vielmehr wurden die Ursachen aufgezeigt, warum der einheitliche Kampf der Voest-Arbeiter und Angestellten zustande kam. Die Kollegen in den Betrieben warteten auf Information und waren über das Schweigen der Betriebsräte empört. Sie forderten einen Protestmarsch zur Muldenstraße, wo die Konferenz tagte.

Um 16 Uhr berichtete der Angestelltenbetriebsrat Hans Lindner der Betriebsvollversammlung das Ergebnis der Konferenz. Mit größter Empörung wurde von der Betriebsvollversammlung die vor den Betriebsgebäude IV (Zentralküche) stattfand, auch der Bericht über die Wiener Delegation zur Kenntnis genommen.

Groß war auch die Empörung der Arbeiter über den Sender Rot-Weiß-Rot und über die Presse, sowie über jene Kräfte, die versuchten den Streik zu desorganisieren. Mit großer Mühe gelang es dem Streikkomitee die empörten Arbeiter von einen Sturm auf den Radiosender abzuhalten. Es kam zum Beschluß, am Freitag um 9 Uhr wieder eine Vollversammlung vor dem Betriebsgebäude IV durchzuführen.

Freitag, 29. September

Um 9 Uhr früh fand diese Vollversammlung statt, eröffnet durch Paul Födinger (SPÖ). Seine Mitteilung, er habe mit Bundeskanzler Figl telefoniert und dieser hätte zugesagt, die Streikstunden würden bezahlt, wenn die Arbeiter sofort die Arbeit aufnähmen, wurde mit stürmischen Pfui-Rufen aufgenommen. Einstimmig wurde von den 6.000 versammelten die Weiterführung des Streiks beschlossen und einstimmig dem ÖGB-Präsidium das Mißtrauen ausgesprochen.

Die zentrale Streikleitung gab sofort die Weisung in den Betrieben und Abteilungen Streikleitungen zu

Demonstration der Voest-Arbeiter durch die Wienerstraße zum Hauptplatz

wählen (6 bis 10 Mann stark mit einen Vorsitzenden). Dies wurde durchgeführt und das zentrale Streikkomitee dadurch um 34 Kollegen erweitert. Schließlich beschloß man, die Arbeiter sollten nach Auszahlung ihrer Löhne nach Hause gehen und am Montag, 2. Oktober, erst um 8 Uhr im Werk erscheinen.

Weiters wurde beschlossen, die Wiener Betriebsrätekonferenz abzuwarten und am Montag um 8 Uhr früh neuerlich eine Vollversammlung abzuhalten. Am Freitag nachmittag hatten bereits die ersten Kollegen der SPÖ und des VdU die Arbeit in der Zentralen Streikleitung eingestellt, indem sie erklärten: „Der Streik ist eine Angelegenheit der KPÖ geworden." Die Zusammensetzung der erweiterten zentralen Streikleitung zeigte das Gegenteil auf, den 85 Prozent der Leitung waren Sozialisten und VdUler.

Samstag, 30. September

Die lokalen Streikkomitee der Betriebe leisteten gute Arbeit, sie waren in den kontinuierlichen Betrieben Tag und Nacht im Einsatz. Die Zusammenarbeit mit der zentralen Streikleitung war sehr gut. Auch der Kontakt mit der technischen Beratungsstellen war immer vorhanden.

Die zentrale Streikleitung war auch Samstag und Sonntag rund um die Uhr im Büro anwesend. Samstag, am späten Abend, erschien Generaldirektor Falkenbach beim Streikkomitee. Er kündigte bei der Aussprache ein Flugblatt, mit seiner Stellungnahme an.

Sonntag, 1. Oktober

In den kontinuierlichen Betrieben erschienen die ersten Flugblätter der Generaldirektion. Generaldirektor Falkenbach anerkannte darin die großen Aufbauleistungen der Belegschaft seit dem Jahre 1945. Er schrieb: „Ihr habt das Unternehmen aus den Trümmern wieder aufgebaut.“ Abschließend forderte er die Belegschaft auf, Montag, 2. Oktober, die Arbeit im vollen Umfang wieder aufzunehmen. Zur gleichen Zelt erschien ein gemeinsames Flugblatt von den Fraktionen der Sozialistischen Betriebsräte, der Unabhängigen und der ÖVP. Sie teilten folgendes mit:

„Das 4. Lohn- und Preisabkommen hat eine Welle der Empörung der Arbeiterschaft, unabhängig der Parteirichtung, hervorgerufen. Es ist sofort zu spontanen Kundgebungen der Arbeiterschaft in verschiedene Großbetrieben mit dem Ziele gekommen, das Lohn- und Preisabkommen wieder rückgängig zu machen oder die einseitige Belastung der Arbeiterschaft wieder aufzuheben. Anschließend kam die Aufforderung am Montag früh die Arbeit wieder aufzunehmen.

Montag, 2. Oktober

Die Arbeiter kamen fast alle zur Tagschicht in den Betrieb und diskutiert über die Lage.

Der Druck der SPÖ-Führung, die konzentrierte Hetze, in der Presse, die Lügen im Radio, Einschüchterung durch die Polizei und die Drohung mit den Amis von Hörsching, sowie die Einschüchterung durch die Direktion und die Betriebsleitungen bewirkten den Beschluß der zentralen Streikleitung den Streik zu unterbrechen und die Arbeit um 13 Uhr bedingt aufzunehmen.

Dienstag, 3. Oktober

Die Betriebsräte der Gewerkschaftlichen Einheit Luckeneder, Kührer und Lindner machten dem Gesamtbetriebsrat den Vorschlag in allen Abteilungen eine Urabstimmung über die Weiterführung des Streiks durchzuführen.

Mittwoch, 4. Oktober

Die SPÖ-Gewerkschaftsführung und ihre Betriebsräte lehnen eine Urabstimmung in den Betrieben ab. Ein Flugblatt wurde daraufhin verteilt.

Donnerstag, 5. Oktober

1. Sitzung des Arbeiterbetriebsrates nach dem Streik: Die Sitzung befaßte sich mit der Bezahlung der Streikzeit. Weiters kam man überein, dem Verlangen der Direktion, den Produktionsausfall durch zusätzliche Arbeitstage etwas wettzumachen, nicht ablehnend zu begegnen, da der Streik sich nicht gegen die Direktion richtete. In dieser einmaligen Streikaktion ist sich die Arbeiterschaft der Voest ihrer Kraft bewußt geworden. Gemeinsam mit den Steyrer-Arbeitern kämpfte sie an der Spitze gegen den 4. Lohn- und Preispakt.

November 1950

Mit Kündigungen, Entlassungen und Versetzungen gegen aufrechte und besonders kampfentschlossene Arbeiter und Angestellte sollte die Kampfkraft der Voest-Belegschaft gebrochen werden. Am 28. November wurde unter Vorsitz von Dr. Auböck die erste Verhandlung des Einigungsamtes eröffnet. In Verlaufe der Verhandlung kam der eindeutig politische Charakter der Kündigungen zutage. Ebenfalls klar waren die schweren und nachteiligen Auswirkungen des 4. Lohn- und Preispaktes durch die Stellungnahmen der Betriebsvertreter hervorgetreten.

Februar 1951

Im Laufe des Monats Februar wurde das Verfahren vor dem Linzer Einigungsamt über die Einsprüche des Betriebsrates gegen die politischen Kündigung, welche die Direktion im November 1950 ausgesprochen hatte, abgeschlossen. Die Verhandlungen vor dem Linzer Einigungsamt endeten nur mit einem Teilerfolg des Betriebsrates, weil dennoch aufrechte Gewerkschafter und Funktionäre von der Werksleitung gekündigt und entlassen wurden.

Dezember 1951

Die ersten Betriebsratswahlen der Voest nach den großen Streik waren für die Arbeiter und Angestellten von großer Bedeutung. Nach hartem Wahlkampf wurde von den Arbeitern und Angestellten auch das Verhalten der Betriebsräte im September und Oktober 1950 bei den großen Streik gewertet.

Die Betriebsratswahlen ergaben folgende Ergebnisse:

- Arbeiter: SPÖ 3.584 Stimmen, 43.3 Prozent, 13 Mandate, GE 2.501 Stimmen, 30.3 Prozent, 9 Mandate, VdU 2.079 Stimmen, 25.0 Prozent, 8 Mandate, ÖVP 109 Stimmen, 1.3 Prozent, kein Mandat
- Angestellte: SPÖ 707 Stimmen, 43.1 Prozent, 7 Mandate, GE 234 Stimmen, 14.2 Prozent, 2 Mandate, VdU 527 Stimmen, 32.0 Prozent, 5 Mandate, ÖVP 175 Stimmen, 10.7 Prozent, 1 Mandat

Die Liste der Gewerkschaftlichen Einheit wurde im Stahlbau, im Maschinenbau I und im Stahlwerk bei den Arbeitern die stärkste Fraktion. Die Wahlen brachten der Faktion der Gewerkschaftlichen Einheit den größten Wahlerfolg in der Geschichte des Werkes. Durch dieses Wahlergebnis wurde von den Arbeitern und Angestellten ganz klar und die deutlich die Putschlüge widerlegt und jenen Kollegen das Vertrauen ausgesprochen, die im September und Oktober 1950 bis zuletzt an ihrer Seite standen.

Die Liste der Gewerkschaftlichen Einheit wurde von Kommunisten Josef Luckeneder, Rudolf Kührer, (Arbeiter) und Hans Lindner (Angestellte) angeführt. Der Erfolg der Gewerkschaftlichen Einheit im größten Werk Österreichs war ein Beitrag zur Arbeitereinheit und geht in die Geschichte der österreichischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung ein. Er führte zur Zerschlagung der VdU- Mehrheit in vielen Abteilungen der Voest.

Rudolf Kührer, November 1978

Der Oktoberstreik bei der Linzer ESG

Geschlossen gegen Lohn- und Preispakt

Neben Voest, Bundesbahn, Stickstoffwerken, Steyr-Werken, Zellwolle Lenzing und Aluminiumwerken Ranshofen waren die Linzer ESG eines der Zentren dieses Streiks, wie von Friedrich Wagner in einer Diplomarbeit im Jahre 1982 ausführlich dargestellt wurde.

Bereits Anfang September 1950 lehnte der ESG-Arbeiterbetriebsrat den Lohn-Preis-Pakt ab und am 13. September verlangten die ESG-Arbeiter Prämien von 450 Schilling und forderten einen gemeinsamen Protest aller Linzer Großbetriebe. Gleichzeitig sandten sie eine Delegation zur Arbeiterkammer, die dort die Forderung nach umfassender Information der Arbeiter und Angestellten über den Inhalt der Geheimverhandlungen deponieren sollte.

SPÖ-Spitze wiegelte ab

Schon hier zeigte sich die Rolle höherer SPÖ-Funktionäre, die mit allen Mitteln die Entwicklung einer breiten Protestbewegung unterdrücken wollten: AK-Präsident Heinrich Kandl und sein Sekretär Kleiner erklärten, daß eine Versammlung die schon seit längerer Zeit laufenden Verhandlung sehr stören würde und lehnten eine derartige Veranstaltung ab, woraufhin entgegen dem einstimmigen Beschluß des gesamten Betriebsrates die Versammlung abgesagt wurde.

Doch war die Bewegung nicht aufzuhalten, am 25. September kam es in der Voest gegen den Widerstand der SPÖ zu einer großen Protestversammlung, die für den nächsten Tag den Streik beschloß, im ÖBB-Heizhaus zu einem Warnstreik.

Am 26. September wurde in den Steyr-Werken bereits gestreikt und bei der ESG wurde eine Vollversammlung einberufen, was gleichbedeutend mit dem Stillstand der Straßenbahnen und Autobusse war. Diese Versammlung war, wie der damalige Betriebsrat Karl Wiesinger berichtet, auf Initiative der Betriebsorganisation der KPÖ zustandegekommen, die eine Delegation zur Betriebsratssitzung beschloß um dort die Ablehnung des Paktes und die Durchführung eines Streiks zu fordern.

Beschluß für den Streik

Bei dieser Versammlung wurde mit nur zwei Gegenstimmen nach einem Ultimatum an den ÖGB - "Wir erwarten bis 14 Uhr Antwort, ansonsten wird der Betrieb in den Proteststreik treten" - der Streik beschlossen. Statt der Antwort kamen in den Nachrichten Details über das vom Ministerrat angenommene Abkommen und wenige Minuten vor 15 Uhr standen in Linz alle Straßenbahnen und Autobusse still.

Am Morgen des 27. September protestierte eine Delegation unter Führung des Landessekretärs der Transportarbeitergewerkschaft, Friedl (SPÖ), bei Landesregierung und Arbeiterkammer gegen das 4. Lohn- und Preisabkommen. Am Nachmittag dieses Tages kam es bei der Arbeiterkammer zu den turbulenten Ereignissen, als Aktivisten des VdU drohten AK-Präsident Kandl aus dem Fenster zu stürzen, was durch die Besonnenheit kommunistischer Betriebsräte verhindert wurde.

Bei der Arbeiterkammer wurde beschlossen alle Betriebsräte und Streikkomitees von Linz für 17 Uhr zu einer Konferenz einzuberufen, dann löste sich die Versammlung auf. Auch der Kommunist Leo Pötscher, Leiter des Streikkomitees der ESG, eilte weg, da bereits für 14 Uhr eine Versammlung der Angestellten der ESG angesetzt war, die dann auf seinen Vorschlag hin beschloß, sich den ESG-Arbeitern mit einem Demonstrationszug zur AK anzuschließen.

Marsch zur Arbeiterkammer

Um 13 Uhr hatten die ESG-Arbeiter in einer stürmischen Betriebsversammlung beschlossen, den Streik bis zur Zurücknahme des 4. Abkommens weiterzuführen. Angesichts dieser Stimmung mußte auch der Landessekretär der Transportarbeiter erklären: "Unter diesen Umständen habe ich nichts gegen den Streik einzuwenden, ich kann mich doch nicht gegen den Willen der Arbeiter stellen." Anschließend zogen sie zusammen mit den Angestellten des Betriebes in einem gewaltigen Demonstrationsmarsch zur Arbeiterkammer. Klenner schildert das so:

Ungefähr tausend Straßenbahner und andere Arbeiter der Linzer städtischen Verkehrsbetriebe zogen nach der Versammlung in Urfahr nach Linz. Die Demonstranten bewegten sich unter Sprechchören wie "Weg mit dem Schandpakt!", "Weg mit dem Verräter Böhm!" über die Landstraße vor das Gebäude der Arbeiterkammer. Die Straßenbahner vollführten mit ihren Signalpfeifen ein höllisches Konzert."

Die Streikfront zerbröselt

Bis zum 28. September löste sich durch die Haltung der SPÖ die Aktionseinheit freilich auf und an diesem Tag streikte in Linz praktisch nur mehr die Voest. Die Straßenbahner, die bei einer Betriebsversammlung um 9 Uhr die Beteiligung an der gesamtösterreichischen Konferenz beschlossen hatten und eine Delegation, bestehend aus Kollegen aller Parteirichtungen, wählten, beschlossen weiters, bis zu den Ergebnissen der Konferenz die Arbeit wieder aufzunehmen.

Nach dem Streikbeschluß der ESG stehen in Linz die Straßenbahnen

Leo Pötscher über die Ereignisse bei der Arbeiterkammer

Die Provokationen des VdU verhindert

Zum Zeitpunkt des Oktoberstreiks 1950 war entgegen später von der SPÖ aufgestellten Behauptungen Leo Pötscher nicht Vorsitzender eines Streikkomitees oder Voest-Betriebsrat, sondern nur ein einfacher Angestellter der ESG.

Wagner: Weißt du näheres über die Umstände bei der „Absetzung" Kandls?

Pötscher: Selbst bin ich ja nicht dabeigewesen, ich bin aber nachher informiert worden: Die Landesexekutive war unter Kandls Vorsitz im Sitzungszimmer (direkt neben dem Präsidium im ersten Stock) versammelt. Wie dann die Abordnungen von der Chemie und der EBG verlangt haben, Kandl solle sich gegen das LPA aussprechen und die Exekutive einen Generalstreik ausrufen, hat sich Kandl dagegen gewehrt.

Er ist dann – allerdings nur in Worten – bedroht worden: „Haut's eam obi!" hat wer gerufen. Von einer ernsten Bedrohung war nie die Rede, aber das war natürlich ein Blödsinn, von sowas distanziere ich mich. Das muß natürlich von der Stimmung her gesehen werden, die dort allgemein geherrscht hat. Der Kandl hat dann erklärt, „Von der Straße aus lassen wir uns nicht regieren, bedrohen lassen wir uns auch nicht, wir erklären den Rücktritt der Landesexekutive und gehen heim!"

Das war noch im Sitzungssaal, direkt über dem Eingang. Daraufhin wollten ihn die Demonstranten zum Balkon drängen und haben gesagt: „Dann geh außi und sag's den Leuten, sie steh´n eh drunt´n!" und wollten ihn rausschieben. Darauf hat der Kandl erklärt, er ließe sich nicht erpressen, er trete zurück und gehe jetzt. Er ist dann gegangen und auch die anderen von der Landesexekutive, bis auf zwei SPler, die sich in der Kammer versteckt haben.

Nachdem die weg waren, hat es ein großes Palaver gegeben, bei dem sich dann der VdUler Specht durchgesetzt hat als Wortführer. Inzwischen war es Mittag geworden und ich bin knapp vor 12 Uhr von der Bezirksleitung verständigt worden, daß bei der AK ein ziemlicher Wirbel ist und ein VdUler dort das große Wort führt. Ich sollte hinschauen und dafür sorgen, daß die keinen Blödsinn machen, und unsere Positionen einbringen.

Ich bin dann mit dem Radl zur Bezirksleitung, von wo ich gemeinsam mit Genossen Rammerstorfer zur AK gegangen bin. Vor der Kammer sind Tausende gestanden, hauptsächlich Stickstoff und EBG, und der Specht hat dort Reden geschwungen. Mir ist gelungen, mir Gehör zu verschaffen. Ich habe dann vorgeschlagen, Ordnung in die Sache zu bringen und ein Streikkomitee zu wählen.

Da wurde eingewendet, daß ja keine Landesexekutive mehr existierte, und ich habe dann vorgeschlagen, daß das Streikkomitee diese Funktionen eben provisorisch mit übernehmen soll. Ich bin dann gleich zum Obmann vorgeschlagen worden, und habe mich schließlich dazu bereit erklärt, wenn auch das Ganze statutenmäßig nicht korrekt war, was aber damals in der Situation nicht berücksichtigt wurde. Ich habe dann sofort auf die Herstellung der Solidarität gedrängt und die Leute aufgefordert, in alle Betriebe zu gehen und dort um Solidarität zu werben und den Kontakt mit den streikenden Betrieben herzustellen. (...)

Um 17 Uhr hat dann tatsächlich die BR-Konferenz stattgefunden mit Betriebsräten aus praktisch allen wichtigen Linzer Betrieben. Mittendrin ist jemand aufgeregt hereingestürzt, der gerade von der Polizeidirektion gekommen ist. Der Polizeidirektor Rupertsberger habe ihm gesagt, die Versammlung würde mit Gewalt geräumt werden, wenn sie sich nicht sofort auflöse.

Ich hab ihm dann geantwortet: „Sag dem Rupertsberger, das fürchten wir nicht, weil hier sind wir die Hausherren, und was wir hier tun, lassen wir uns von ihm nicht vorschreiben." Er hat dann recht ängstlich gejammert und alle aufgefordert, doch zu gehen, damit es nicht zu einem Blutvergießen käme. Er ist aber dann niedergeschrieen worden und die Versammlung wurde fortgeführt; es hat da auch unser Bauarbeitersekretär Neubauer aus Wien geredet.

Draußen ist dann die B-Gendarmerie, das war eine Vorstufe zum Bundesheer, aufgefahren und auch Polizei in schwerer Bewaffnung. Die sind dann mit gefällten Bajonetten gegen die Demonstranten vorgegangen, konnten aber nicht in die AK rein. Die Versammlung war gerade zu Ende und ich habe mich durchschlagen können zum Rupertsberger. Dem habe ich mich als Streikleiter vorgestellt und habe mich bereit erklärt, die Leute zu beschwichtigen, wenn er mich an den Lautsprecherwagen läßt. (Gerade zuvor haben sie einem Demonstranten mit dem Bajonett in den Arm gestochen.)

Er hat dann zuerst „Bajonett ab!" befohlen und hat mir dann das Mikrofon gegeben. Ich habe aber das Ganze zweimal sagen müssen, weil zuerst der Lautsprecher gar nicht eingeschaltet war, um zu kontrollieren, ob ich auch wirklich die Leute beschwichtigen will. Ich habe aber nur gesagt, daß wir uns nicht provozieren lassen, wenn sich auch die Polizei für ihr Verhalten noch zu gegebener Zeit verantworten wird müssen. Dann sind schon langsam die Demonstranten abgezogen und auch die Polizei und Gendarmerie hat sich wieder zurückgezogen. Der Spuk hat vielleicht eine halbe Stunde gedauert. (...)

Am Mittwoch abend wurde ich das erste Mal festgenommen und mußte die gesamten Vorkommnisse der beiden letzten Tage zu Protokoll geben. Dabei hatte mir Rupertsberger für mein Verhalten bei der AK gedankt und mir mitgeteilt, er hätte vom Innenminister Helmer persönlich den Auftrag, sollte sich bis zum nächsten Tag die Lage in Linz nicht ändern, den Notstand auszurufen.

Von mir hat er dann verlangt, zum Streikbruch aufzurufen, und hat mir angeboten, mir Wagen und Chauffeur zur Verfügung zu stellen, damit ich zu allen Betrieben fahren könnte. Sowas kann er sich natürlich von einem Kommunisten nicht ernsthaft erwarten. Ich habe natürlich dankend abgelehnt, und das hat ihn sehr enttäuscht. (...)

Interview mit Leo Pötscher am 14. Dezember 1981

● Quelle: Friedrich Wagner, Der Streik vom September/Oktober 1950 – Unter besonderer Berücksichtigung der Linzer Ereignisse, Diplomarbeit, 1982

Käthe Kollwitz, Demonstration, Steindruck 1930

Willi Holzinger über den Oktoberstreik im ÖBB-Heizhaus Linz

Ein Sozialdemokrat war der „Sirenen-Schani“

Zentrum der Proteste beim Oktoberstreik 1950 bei den ÖBB war in Oberösterreich das ÖBB-Heizhaus in Linz. Willi Holzinger war damals Vertrauensmann und maßgeblich an den Ereignissen beteiligt.

Holzinger: Ich war im Heizhaus bei der Eisenbahn und war dort gewählter Vertrauensmann. Bei uns ist das dasselbe, wie woanders der Betriebsrat.

Das war so bei uns: Wir haben schon vorher laufend Arbeitsniederlegungen gehabt. Das war wegen kleinerer betrieblicher Sachen gewesen, es waren auch nur kleinere Warnstreiks. Wie dann der Lohn-Preis-Pakt gekommen ist, sind die Leute recht wütend geworden, und wir haben uns im Vertrauensmännerausschuß zusammengesetzt. Dann haben wir eine Betriebsversammlung einberufen. Dort hat dann der Harringer, der Obmann der Werkstättenexekutive, zu beschwichtigen versucht und hat andrerseits mit einer wüsten Hetze gegen uns Kommunisten begonnen. Damit ist er aber durchgefallen und die Leute haben ihn ausgepfiffen. So wurde eine Resolution angenommen, die den LPP ablehnte, und es wurden noch unsere betrieblichen Forderungen angehängt. Diese Resolution ist nur gegen eine Handvoll Stimmen durchgegangen, obwohl der Harringer noch einmal aufgefordert hat, dagegen zu stimmen. Dann wurde eine Delegation gewählt, die am nächsten Tag nach Wien zur Gewerkschaft hätte fahren sollen. (...)

Am Dienstag haben wir schon Vormittag gehört, daß überall was los ist, vor allem in Steyr. Um 14.50 Uhr hat es dann geheißen, daß die Voest marschiert. Wir haben sofort eine Betriebsversammlung einberufen. Die hat nicht lange gedauert, nur ca. 10 Minuten, und wir haben beschlossen, mit der Voest zu marschieren. Schon am Vormittag haben wir einige Arbeitsniederlegungen gehabt, und die Leute haben die sozialistischen Vertrauensmänner angegriffen, daß sie nichts gegen den Pakt unternehmen. Wir sind dann so, wie wir waren, mit der Arbeitskleidung, auf den Hauptplatz marschiert. Das war zwar auf unsere Initiative, aber die SP-Vertrauensmänner haben sich sofort angeschlossen und sich an die Spitze gestellt, gemeinsam mit uns. (...)

Wir wollten die von der Hauptwerkstätte auch rausholen, das waren immerhin 2.000 Bedienstete. Die SPler drinnen haben sich aber krampfhaft dagegen gewehrt, und es sind dadurch nur ca. 200 Leute von der Hauptwerkstätte mitgegangen. Wir sind dann rein auf den Hauptplatz, der war schon voll mit Leuten, und ich bin dann beauftragt worden, vom Balkon in Vertretung der Eisenbahner ein paar Worte zu sagen. (...)

Wagner: Was war dann am nächsten Tag?

Holzinger: In der Früh ist zwar angefangen worden zu arbeiten, das hat aber nicht lange gedauert, dann ist wieder gestreikt worden. Das wurde auch auf Verlangen der Arbeiter vom Vertrauensmännerausschuß beschlossen. (...)

Die Kampfmaßnahmen der Eisenbahner sind vom Heizhaus Linz ausgegangen, später hat sich auch die Hauptwerkstätte angeschlossen und kurzfristig gestreikt. Die Aktionen waren relativ einheitlich bis zur Wiener Konferenz, dann sind aber die SPler der Reihe nach umgefallen und die Bewegung ist verflacht. Im Heizhaus war die ganze Zeit über die Zentrale - was die Eisenbahn betrifft. Wir haben auch darüber entschieden, welche Züge hinausdürfen, das war schon genau festgelegt. Züge für Lebensmitteltransporte und für Krankenhäuser haben wir fahren lassen. Es ist uns auch gelungen, die Aktionen bei der Eisenbahn in ganz Österreich zu koordinieren, und wir haben auch zustandegebracht, daß überall zumindest ein Protest war. (...)

Unsere Fraktion hat damals einen ziemlichen Auftrieb erhalten. Wir waren damals 80 Genossen im Betrieb und hatten 20 Neubeitritte. Bei der Pressewerbung im nächsten Jahr war ich der beste Werber mit 56 Neuwerbungen für die „Neue Zeit“.

Das war wohl das wesentlichste. Es sind aber auch noch einige recht ulkige Sachen passiert. Es war schon nach der Betriebsrätekonferenz, da komme ich einmal in den Betrieb, und da sagen mir die Kollegen: „Willi, die sitzen schon seit halb sieben oben in der Verwaltung“. - „Wer?“ - „Die Sozialisten“. Ich bin dann sofort auch hinauf, aber die wollten mich gleich rauswerfen mit der Begründung: „Das ist eine Fraktionsbesprechung mit der Verwaltung“. Ich habe ihnen gleich gesagt, daß es sowas nicht gibt. Wie ich mich dann geweigert habe, den Raum zu verlassen, haben sie gedroht, die Polizei zu holen. „Das würde mich nur freuen, wenn die Leute sehen, wie die Sozialisten ihren Vertrauensmann von der Polizei abführen lassen“, Sie haben dann schließlich die Sitzung abgebrochen.

Die Sozialisten haben aber den Auftrag von der Verwaltung erhalten, das Horn abzumontieren, die Sirene. Es haben sich aber sämtliche Arbeiter geweigert, sie abzumontieren. Jeder hat gesagt, er sei nicht schwindelfrei. So hat dann ein SP-Vertrauensmann unter dem Gelächter der Belegschaft das Horn abmontieren müssen. Wir haben ihn dann immer „Sirenen-Schani“ genannt; das ist ihm geblieben.

Interview mit Willi Holzinger am 18. Dezember 1981

● Quelle: Friedrich Wagner, Der Streik vom September/Oktober 1950 - Unter besonderer Berücksichtigung der Linzer Ereignisse, Diplomarbeit, 1982

Wilhelm Holzinger, Personalvertreter der ÖBB (1917-1991)

Das Zitat

„Die Regierung wagt es, hinter fest verschlossenen Polstertüren eine beispiellose Ausplünderung der arbeitenden Menschen zu beschließen ...

Die Feiglinge haben sich vor den Massen versteckt, aber die Massen bekunden mit größter Erbitterung, daß es in Österreich nicht nur Amerikaner, Kapitalisten und Kettenhunde des Kapitals, sondern auch arbeitende Menschen gibt, deren not zum Himmel schreit.“

Ernst Fischer bei einer Kundgebung vor dem Bundeskanzleramt am 26. September 1950

Der Oktoberstreik bei den ÖBB

Von Voestlern herausgeholt

Die Zentren des Oktoberstreiks 1950 waren eindeutig die Voest und die Steyr-Werke, dort begann der Streik und erreichte auch seine größte Intensität. Gemessen daran gab es im größten Betrieb der ÖBB, der Hauptwerkstätte Linz mit 2.000 Beschäftigten, nur ein vergleichsweise geringes Engagement, wie Rudolf Haunschmid, im Jahre 1950 Arbeiter in der ÖBB-Hauptwerkstätte Linz, berichtet. Der Hauptgrund für die „Zurückhaltung" der Eisenbahner war die Rolle der SPÖ, die damals im Vertrauensmännerausschuß der HW mit 15 Mandaten gegenüber der GE mit einem (von Franz Prückl ausgeübten) Mandat eindeutig den Ton angab.

Als am Vormittag des 26. September 1950 rund 10.000 Voestler über die Wienerstraße in Richtung Hauptplatz marschierten machte eine Abordnung einen „Abstecher" in die Hauptwerkstätte. Es kam zu einer Versammlung der HW-Beschäftigten auf der Schiebebühne, bei welcher der Voest-Betriebsrat Rudolf Kührer sprach und die Solidarität der Eisenbahner einforderte und dabei vom GE-Eisenbahnerpersonalvertreter Josef Binder unterstützt wurde. Durch den Druck der SPÖ marschierten aber nur rund 800 von 2.000 Bediensteten der HW mit den Vertretern anderer Betriebe zum Hauptplatz, wo die große Kundgebung gegen den Lohn-Preis-Pakt mit 20.000 Arbeitern und Angestellten stattfand.

Tags darauf, am 27. September demonstrierten dann nochmals Eisenbahner aus der HW am Volksgarten bei der Arbeiterkammer. Rudolf Haunschmid war Augenzeuge des immer wieder der KPÖ angelasteten versuchten „Fenstersturzes" von Präsident Kandl durch Aktivisten des VdU. Ganz im Gegensatz zu den sozialdemokratischen Unterstellungen war es der GE-Personalvertreter und Mitglied der ÖGB-Landesexekutive Franz Hagmair, der neben anderen mit aller Energie darauf einwirkte, daß dieser „Fenstersturz" verhindert wurde. Nach den dramatischen Ereignissen in und um die Arbeiterkammer kehrten die Eisenbahner wieder in die HW zurück und nahmen die Arbeit wieder auf.

Große Erregung bei der Belegschaft löste das Bekanntwerden der Verhaftung des in der ÖBB-Werkstätte beschäftigten kommunistischen Gemeinderates Franz Rammerstorfer in der Nacht zum 2. Oktober aus und es kam in der Folge wiederum zu zeitweiligen Arbeitsniederlegungen. Die Eisenbahner der HW sowie des Heizhauses forderten die Einstellung der Verfolgungsmaßnahmen gegen Arbeiterfunktionäre und die Freilassung Rammerstorfers.

Die Haltung der Kommunisten wurde bei der Personalvertretungswahl nach dem Oktoberstreik honoriert, indem sich die GE auf vier Mandate steigern konnte, während die SPÖ auf 12 Mandate zurückfiel. Im Jahre 1950 wurde auch der Grundstein für den späteren Aufstieg der GE bis zum Mandatsgleichstand mit der SPÖ in der HW-Linz bei der Personalvertretungswahl 1964 mit jeweils 7 Mandaten gelegt.

Der Schwerpunkt der Proteste bei den ÖBB beim Oktoberstreik lag jedoch im Heizhaus Linz, wo die GE 4 Mandate im VMA hatte. Im Heizhaus kam es bereits am 25. Oktober zu einem Warnstreik und auf Initiative der elektrischen Abteilung mußte der Obmann der Werkstättenexekutive Seitlinger für den Nachmittag eine Vollversammlung einberufen. Am folgenden Tag schlossen sich die Bediensteten des Heizhauses ebenso wie ein Teil aus der HW und der neben dieser gelegenen Elektrobetriebe dem Protestzug der Arbeiter zum Hauptplatz an.

Protestierende Arbeiter im Linzer Volksgarten

Oktoberstreik 1950 in Freistadt

Vom ÖGB im Stich gelassen

Ein grauer Herbsttag beginnt mit Rundfunkmeldungen von Arbeitsniederlegungen in den Großbetrieben in Linz und anderen Betrieben Österreichs. Ausgelöst durch den Abschluß des 4. Lohn- und Preispaktes von den Sozialpartnern und der Regierung. In immer kürzeren Abständen wurden Preisabkommen vom ersten bis zum vierten Pakt zum Nachteil der arbeitenden Bevölkerung beschlossen.

In den zwei größten Betrieben in Freistadt, der Firma Mossböck (Sägewerk und Holzverarbeitung) und der Firma Haberkorn (Textilbetrieb) mit je 100 bis 120 Beschäftigten gab es gewählte Betriebsräte. Die Radioberichte waren verwirrend. In den Vormittagsstunden des ersten Streiktages versuchten die Betriebsräte mit der Arbeiterkammer in Linz Kontakt aufzunehmen, es konnte jedoch trotz einiger Versuche keine Verbindung hergestellt werden.

In beiden Betrieben wurde kaum gearbeitet, es war unter den Arbeitern die Bereitschaft, sich dem Streik anzuschließen, vorhanden. Nach vergeblichen Versuchen mit der Arbeiterkammer Kontakt aufzunehmen, wurde ein Auto organisiert um nach Linz zu fahren. Zwei Betriebsräte der Firma Mossböck und zwei von der Firma Haberkorn machten sich auf, noch am Vormittag nach Linz zu kommen. Das Durchkommen zur Arbeiterkammer war nur zu Fuß möglich, die Straßen um die Kammer waren von Demonstranten verstopft.

Mit Mühe konnten wir das Gebäude betreten, jedoch die Herren Sekretäre, welche bei den Hauptversammlungen der letzten Betriebsratswahl noch große Töne von sich gaben, haben es vorgezogen, hinter verschlossenen Türen möglichst keine Informationen von sich zu geben. Unsere Bemühungen waren somit gescheitert, wir fühlten uns von unseren Fachgewerkschaftsvertretern im Stich gelassen.

Die nächsten Tage haben uns gezeigt, daß die Arbeitervertreter in Wien mit den Unternehmern so fest auf einem Ast saßen, daß beide herunterfallen, wenn man diesen durchschneidet. Jedoch eines haben beide begriffen, nämlich daß man einen fünften Lohn- und Preispakt in dieser Art nicht mehr riskieren konnte.

Josef Ahorner

Otto Treml über den Oktoberstreik 1950 in Steyr

Gemeinsam gegen die Belastungen

Ich war zur Zeit des Oktoberstreiks in den Steyr-Werken beschäftigt, wo ich auch in den Tagen des Ausstandes die Streikposten leitete. Erstmals wurde ich im Jahre 1948 als KPÖ-Funktionär gemaßregelt, fiel zwar nicht unmittelbar der ersten großen „Säuberungswelle" nach dem großen Streik zum Opfer, war aber dann unter den 400 Kommunisten, fortschrittlichen Arbeitern und „Verdächtigen", die noch 1952 und 1953 von der damaligen reaktionären Werksdirektion mit Zustimmung führender SP-Funktionäre auf die Straße gesetzt wurden. Als Arbeiterfunktionär habe ich alle Phasen des Oktoberstreiks 1950 miterlebt.

Der Oktoberstreik kam für die Steyrer Arbeiter und Angestellten nicht von ungefähr. Der riesigen Protestbewegung gegen den 4. Lohn- Preispakt, die im 10 Tage langen Streik der gesamten Belegschaft der Steyr-Werke einen ihrer Höhepunkte fand, waren ja schon Protestkundgebungen gegen den zweiten, wie auch den dritten Lohn-Preis-Pakt vorausgegangen. Mit dem vierten Lohn-Preis-Pakt, der erneut schwere Belastungen für uns Arbeiter und Angestellte bringen sollte, war eben das Maß voll.

Als schon damals, im Mai 1949 wieder von der Regierung, zusammen mit der ÖGB-Führung hinter verschlossenen Türen wieder ein Lohn-Preis-Pakt ausgehandelt wurde, es war der dritte, folgten in Steyr etwa 5.000 Arbeiter und Angestellte aller Parteirichtungen dem Aufruf der Kommunisten zu einer Protestkundgebung.

Sah doch dieser neuerliche Pakt Tariferhöhungen und höhere Preise für eine große Zahl landwirtschaftlicher Produkte vor. Es kam ja auch in vielen Großbetrieben der Steiermark, Niederösterreichs und Salzburgs zu Betriebsversammlungen und vor dem Wiener Rathaus zu einer großen Protestkundgebung, an der mehr als 100.000 Arbeiter und Angestellte teilnahmen.

Als dann der Pakt im Parlament von der SPÖ, ÖVP und dem VdU gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen wurde, zeigte sich sehr bald, daß die Lebenskosten beträchtlich stiegen und damit das Realeinkommen absank.

Warnstreik in der Voest

Als im darauf folgenden Jahr schon wieder ein Lohn-Preis-Pakt ausgehandelt wurde, der eine Verteuerung fast alter Grundnahrungsmittel vorsah, war doch abzusehen, wie die Arbeiter und Angestellten reagieren würden. Am 26. September 1950 sollte dieser Pakt dem Ministerrat vorgelegt werden. Schon am Tag zuvor kam es in der Voest in Linz zu einem Warnstreik. Man hat in der Folgezeit immer wieder versucht, den Oktoberstreik als Werk der Kommunisten und als Putschversuch hinzustellen und wie man sieht, versucht man das auch heute noch von Zeit zu Zeit.

Nun gab es damals in der Voest in Linz einen Betriebsrat aus 14 VdUlern, 12 von der SPÖ und nur 2 Kommunisten. Wenn es also hier zum ersten Warnstreik kam, dann können wohl kaum nur die Kommunisten dahinter gesteckt haben.

Der damalige kommunistische Nationalratsabgeordnete Franz Honner hat bekanntlich gleich nach dem Streik Bundeskanzler Figl, Innenminister Helmer und ÖGB-Präsident Böhm mit ihrem Gerede vom Putsch der Lüge geziehen und hat sie aufgefordert, sie mögen doch auch nur einen Wahrheitsbeweis erbringen. Sie blieben jeden Beweis schuldig.

Dennoch kommt man immer wieder mit der Putschlüge, wenn es gegen die Kommunisten geht. Jeder, der in Steyr beim Oktoberstreik dabei war, weiß, daß es eine große gemeinsame Aktion war, die von allen Arbeitern und Angestellten beschlossen worden war. Wie groß, das konnten auch wir Kommunisten zu Beginn gar nicht abschätzen. Nach dem es am 25. September 1950, wie in der Voest, auch in anderen Betrieben zu Empörung über den Pakt und zu spontanen Arbeitsniederlegungen gekommen war, gingen am nächsten Tag die kommunistischen Betriebsräte zu den SPÖ-Kollegen, um über Maßnahmen in unserem Betrieb zu verhandeln.

Allerdings hatten zu diesem Zeitpunkt die Schichtarbeiter im H-Bau - Rahmenbau die Arbeit erst gar nicht aufgenommen und so zogen nun an der Spitze Kommunisten und SPÖ-Funktionäre durch die Abteilungen und forderten die Kolleginnen und Kollegen auf, mit zum Betriebsratsgebäude zu ziehen. Dort versammelten sich immer mehr, bis der Betriebsrat (14 SPÖ, 8 KPÖ, 1 VdU) einen Warnstreik und eine Protestdemonstration zur Bezirkshauptmannschaft auf dem Steyrer Stadtplatz beschloß.

Der Beschluß wurde den über 6.000 versammelten Arbeitern und Angestellten vom damaligen SPÖ-Betriebsratsobmann Jungwirth übermittelt.

16.000 am Stadtplatz

Auf dem Weg vom Hauptwerk zum Stadtplatz gingen sozialistische und kommunistische Betriebsräte an der Spitze der Demo, darunter SP-Betriebsratsobmann Karl Jungwirth und KP-Betriebsratsobmann vom Wälzlagerwerk Franz Hofmann, gemeinsam an der Spitze des Zuges, mit ihnen auch der ÖGB-Bezirkssekretär Michael Sieberer zusammen mit dem kommunistischen Metallarbeitersekretär August Moser. Auch der SP-Landtagsabgeordnete Josef Pöschl ging in der ersten Reihe des Protestmarsches.

Als wir am Stadtplatz ankamen, war dieser schon voller Menschen. SP-Betriebsratsobmann Karl Jungwirth hatte das Sirenensignal zur Arbeitsniederlegung geben lassen, und so war neben der Steyrer Bevölkerung auch die Belegschaften aus 50 Kein- und Mittelbetrieben aus Steyr und Umgebung gekommen. Bezirkshauptmann Dr. Markus Grabner (ÖVP) versprach den versammelten rund 16.000 Menschen, er würde unverzüglich deren Protest an die Bundesregierung weiterleiten.

Nach Schluß der Protestkundgebung bei der Redner alter Fraktionen sprachen, gingen die Arbeiterinnen widerwillig wieder in die Betriebe zurück.

Zu Mittag desselben Tages wurde über den Rundfunk der Inhalt des Lohn-Preis-Paktes bekannt gegeben: Unter anderem wurde Brot von S 1,90 auf S 2,40 verteuert, die Semmel von 17 auf 27 Groschen, Mehl von S 1,82 auf S 2,98 und der Strompreis um 42 Prozent. Als sogenannte Abgeltung all dieser gravierenden Teuerungen sollten wir eine Lohnerhöhung von 10 Prozent bekommen.

Am nächsten Tag wurde in einer Vollversammlung von der gesamten Belegschaft einstimmig der Streik beschlossen. Der ÖGB-Präsident wurde aufgefordert, in einer Vollversammlung seine Politik zu rechtfertigen. Eine Delegation der Steyr-Werke wurde von ihm jedoch gar nicht empfangen.

Betriebsrätekonferenz in Wien

Am 30. September nahmen dann 13 Arbeiterfunktionäre aller politischen Richtungen an der großen gesamtösterreichischen Betriebsrätekonferenz in Wien-Floridsdorf teil. Dort wurde beschlossen, die

Streiks bis zu einer Stellungnahme der Bundesregierung zu unterbrechen, und wenn diese nicht erfolgte, am 4. Oktober wieder in den Ausstand zu treten.

Das gab allerdings der Bundesregierung und der Exekutive die Möglichkeit, massiv die Arbeiterschaft einzuschüchtern; Verhaftungen und Entlassungen wurden angedroht. Auch die SPÖ-Spitze übte Druck auf ihre Betriebsräte aus. So riefen dann auch schon die Spitzenfunktionäre der SPÖ in Steyr zum Streikbruch auf. Aber in Steyr wurde weiter gestreikt.

In einer Vollversammlung am 2. Oktober 1950 wurde trotz der Einschüchterungsversuche der Werksdirektion und der Sprecher der SPÖ-Fraktion in einer Abstimmung von der Mehrheit der Belegschaft für den Streik entschieden. 3.893 Kolleginnen und Kollegen sprachen sich für den Streik, 1.705 sprachen sich gegen den Streik aus.

Provokationen verhindert

Am 4. Oktober, nach dem das Ultimatum an die Bundesregierung ergebnislos abgelaufen war, demonstrierten wir erneut geschlossen auf dem Hauptplatz in Steyr. Da war schon ein starker Ordnungsdienst notwendig, um mögliche Provokationen auszuschließen, denn am Vortag hatte der Innenminister Helmer in der Nähe von Steyr Gendarmerieeinheiten zusammengezogen.

Im Anschluß an die Kundgebung wurde im ganzen Stadtgebiet ein Flugblatt von der SPÖ und der Werksdirektion verteilt, in dem jeden die Entlassung angedroht wurde, der am nächsten Tag nicht die Arbeit wieder aufnehme.

Der Antrag der Kommunisten, den Streik am nächsten Morgen organisiert und einheitlich mit einer Vollversammlung zu beenden, wurde von den SPÖ-Funktionären abgelehnt. Sie versprachen allerdings bei dieser Gelegenheit, daß niemand, der maßgeblich am Streik beteiligt gewesen ist, gemaßregelt würde.

Noch am selben Abend wurde das Werk von Gendarmerieeinheiten mit Stahlhelm und Karabiner besetzt. Die Streikleitung hatte uns aufgefordert, die Streikpostenführung aufzugeben und das Werk zu verlassen, bevor wir verhaftet würden.

Die Putschlüge, die schon während des Streiks lanciert worden war, um die Arbeiterschaft aufzuspalten und die streikenden SPler zur Räson zu bringen, mußte nachher vor allem für die zahlreichen Maßregelungen herhalten. 150 KommunistInnen, Betriebsräte, fortschrittliche Arbeiter und gewählte Vertrauensmänner wurden sogleich gekündigt, mit der Ausrichtung, daß sie in Steyr und Umgebung keine Arbeit mehr bekommen sollten.

Dennoch, wie allgemein den Älteren bekannt ist, gelang es uns Kommunisten, bei den darauf folgenden Betriebsratswahlen im Jahre 1951 mit 2.085 Stimmen die höchste Stimmenanzahl zu erreichen, die wir je hatten und mit 8 Mandaten wieder in den Arbeiterbetriebsrat einzuziehen.

Die SPÖ-Führer im Steyr-Werk in Zusammenarbeit mit Zentraldirektor Walter Glöckel schafften es allerdings dann, daß sich bis 1953 die Zahl der Gemaßregelten, Kommunistinnen, fortschrittlichen Angestellten und ArbeiterInnen sowie „Verdächtige“ auf mehr als 400 erhöhte.

Otto Treml

Rund 16.000 Menschen bei der Kundgebung am Steyrer Stadtplatz

Streiktage

Montag, 25. September: Extra-Ausgabe der „Neuen Zeit“. Erste Betriebsversammlungen gegen LPA. Betriebsratssitzung, Vertrauensmännervollversammlung, Betriebsversammlung und Warnstreik in der Voest. Warnstreik im ÖBB-Heizhaus Linz. Vollversammlung der ÖBB-Werkstättenexekutive. Ringbrot und Spatenbrot beschließen Warnstreiks. Betriebsaktivistenversammlung der KPÖ in Steyr.

Dienstag, 26. September: LPA wird dem Ministerrat vorgelegt. Streikbeginn in den Steyr-Werken. Protestkundgebung mit 16.000 TeilnehmerInnen am Stadtplatz Steyr. Anschließend Betriebsrätekonferenz im Kasino.

Vertrauensmännervollversammlung der Voest faßt Streikbeschluß. Dem Marsch von 10.000 Arbeitern der Voest auf den Hauptplatz schließen sich ÖBB-Heizhaus, ÖBB-Hauptwerkstätte, ÖBB- Elektrobetriebe, Stickstoffwerke, Gaswerk, Magistrat, EBG, Bukowansky und andere Betriebe an. Protestkundgebung mit 20.000 TeilnehmerInnen auf dem Linzer Hauptplatz. Stürmung des Rathauses wird verhindert. Protestdelegation von Vertretern aus sechs Betrieben bei der Landesregierung. Vollversammlung der ESG beschließt Streik.

Angesagte Protestversammlung in Lenzing wird von der SPÖ-Betriebsratsmehrheit wieder abgesagt und Streiks abgelehnt. Beschluß für Protestmarsch nach Vöcklabruck. Protestdemonstration von 2.000 Beschäftigten der Stickstoffwerke zum Linzer Hauptplatz.

Mittwoch, 27. September: Betriebsratssitzung der Voest wählt Streikkomitee und Delegation zum ÖGB nach Wien. Betriebsversammlung der Steyr-Werke beschließt einstimmig Streik und wählt eine Streikleitung.

Protestdemonstration von Arbeitern der ÖSW und EBG zur Arbeiterkammer. Rund 2.000 streikende Arbeiter der Voest, Stickstoffwerke und anderer besetzen die Arbeiterkammer. Sitzung der ÖGB-Landesexekutive wird von Delegationen der Schiffswerft, Nettingsdorfer und Voest unterbrochen.
Landesexekutive wird kurzfristig für abgesetzt erklärt. VdUler drohen AK-Präsident Kandl aus dem Fenster zu stürzen. Konferenz von Betriebsräten in der Arbeiterkammer. Bewaffnete Gendarmerie umstellt die Arbeiterkammer. Bildung eines provisorischen Landesstreikkomitees.

Der Oktoberstreik in Lenzing

Protestmarsch nach Vöcklabruck

Die bis heute größte Aktion der österreichischen Arbeiterbewegung gegen die sozialpartnerschaftliche Politik der Regierung fand im Oktober 1950 statt. Die von Linz und Steyr aus auf ganz Österreich übergreifenden Streikaktivitäten gegen das 4. Lohn- und Preisabkommen zeigten auch ihre Auswirkungen im Bezirk Vöcklabruck.

Ausgangspunkt Lenzing

Die Lenzinger Fabrik war schon damals eine Hochburg der SPÖ, vom Betriebsrat bis zum Generaldirektor. Die sozialistischen Funktionäre setzten, als auch hier die Arbeiterschaft wegen der Preistreiberpolitik der Regierung unruhig wurde, für 26. September 1950 eine Großversammlung an.

Als aber die Berichte vom fast lückenlosen Streik in Linz eintrafen, und als es klar wurde, daß sich die Lenzinger Arbeiter anschließen wollten, wurde die Versammlung wieder abgesagt. Auch in einer Betriebsratssitzung lehnten die SP-Mandatare Streikaktivitäten ihrer Belegschaft ab. Kurz nach dieser Sitzung gab es eine Zusammenkunft im Speisesaal der Betriebskantine, in der die Arbeiterschaft bereits heftig über die Vorfälle diskutierte.

Franz Mittendorfer, der zu jener Zeit in Lenzing im Waggonbau beschäftigt und kommunistischer Betriebsrat war, erinnert sich, daß man um 11 Uhr dieses Tages in der Kantine einig wurde, einen geeigneten Schritt zu setzen. Neben den sozialistischen Mandataren waren auch die Funktionäre des ÖAAB damit einverstanden, daß die zweite Schicht gar nicht mehr angefahren werden soll.

Schließlich setzte eine sozialistische Vertrauensmännerkonferenz beider Betriebe, der Zellwolle und der Zellulose- und Papierfabrik mit damals zusammen etwa 3.000 Beschäftigten, einen Protestmarsch nach Vöcklabruck an. Am folgenden Tag, dem 27. September 1950, marschierte die Lenzinger Arbeiterschaft Richtung Bezirkshauptstadt. Auf dem etwa fünf Kilometer langen Marsch schlossen sich die Arbeiter anderer Betriebe an, die von der Aktion verständigt worden waren.

Dazu kamen die Timelkamer, eine Abordnung der Eisenbahner aus Attnang-Puchheim unter der Leitung von Karl Sulzberger, Arbeiter aus Kaufing und Johannisthal sowie aus dem Kohlenrevier. Treffpunkt war der Graben in Vöcklabruck. Franz Mittendorfer: „Wir sind den Graben hinunter- und von unten heraufmarschiert zur BH. Wie wir da von unten hereinmarschieren beim Tor (Richtung Stadtplatz, C.H.), steht der Jakubetz da, der Bezirksobmann der SP und sagt: 'Seid´s narrisch, könnt´s doch nicht marschieren, könnt´s doch nicht...'.

Für sozialistische Funktionäre war es freilich eine heikle Sache, gemeinsam mit Kommunisten gegen etwas zu protestieren, das von ihren eigenen Genossen auf höchster Ebene, in Gewerkschaftsbund und Regierung, mit den Unternehmern ausgehandelt und beschlossen worden war. Auf der unteren Ebene freilich, in den Betrieben, war man sich weitgehend in der Ablehnung dieser gegen Arbeiterinteressen gerichteten Lohnpolitik einig. Josef Mair weiß noch, daß damals mancherorts „noch ein gutes Klima zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten" war. Dementsprechend war es auch nicht besonders verwunderlich, daß der Forderung der beschwichtigenden Mitglieder der SP-Bezirksleitung mit Jakubetz an der Spitze beim Einmarsch in den Stadtplatz von ihren eigenen Genossen nicht nachgekommen wurde. - „Die haben's selber weggejagt. Das war ja das köstlichste, wir haben ja alle mitgetan..."

Sammlung in Vöcklabruck

Es muß ein eindrucksvolles Bild gewesen sein, als sich der Protestzug in sieben bis acht Personen zählenden breiten Reihen auf den Stadtplatz zu bewegte. An der Spitze marschierten Sozialisten und Kommunisten gemeinsam. Mittendorfer versteht die Aufregung der Abwiegler auch heute nicht, wenn er beruhigt: „Wir waren eh nur zwei Kommunisten vorne". Auch die Gendarmerie war in Vöcklabruck zusammengezogen worden, hielt sich aber zurück.

Ziel der Demonstration war die Bezirkshauptmannschaft, die sich dort befand, wo heute das Stadtsaalgebäude steht. Der Bezirkshauptmann war offensichtlich nicht erreichbar, sein Stellvertreter mußte sich den Demonstranten stellen und sollte mit ihnen über Maßnahmen gegen die Preistreiber verhandeln. Ohne Ergebnis.

Nach ihm eröffnete der Lenzinger SP-Betriebsratsobmann die „richtige" Kundgebung. Aber erst, als dem Kommunisten Alfred Ruschitzka als Gewerkschafter das Wort erteilt wurde, schien das Wesentliche am ganzen Problem angesprochen zu werden. - „Das ist seine Rede gewesen, durch die er berühmt geworden ist!", erzählt Franz Mittendorfer.

Ruschitzka war Attnanger, geboren 1918, und als Sportler in der Ersten Republik Mitglied des ATSV. Er besuchte in Wels das Gymnasium, war vor 1938 ein „Schwarzer" und nach 1938 „nichts". Entscheidend zu seiner ideologischen Entwicklung trug offenbar seine Gefangenschaft in der Sowjetunion bei, in der er die Antifaschisten-Schule besuchte. Ruschitzka kam 1950 in seine Heimat zurück, begann in diesem Jahr in Lenzing in der Viskose-Abteilung zu arbeiten und wurde sofort auch gewerkschaftlich aktiv.

Die Stimmung unter den etwa 3000 Versammelten, die mehr als den halben Stadtplatz füllten, muß sehr gut gewesen sein. Die Gendarmerie hatte keinen Grund zum Eingreifen: „Wir haben Ordner gehabt", erzählt Franz Mittendorfer, „da waren sogar von uns auch welche dabei. Das ist alles am Stadtplatz so diszipliniert abgelaufen, kein Geschrei, nichts, gar nichts!" Am Ende seiner Rede schlug Ruschitzka vor zu streiken, wenn der Lohn-Preis-Pakt nicht zurückgenommen wird. Die Versammelten waren einverstanden, und die Kundgebung löste sich in Ruhe auf.

Am nächsten Tag wurde in Lenzing vom Betriebsratsobmann den Betriebsräten eine Einladung zur Gesamtbetriebsrätekonferenz am 30. September in Wien-Floridsdorf übergeben. Franz Mittendorfer und Alfred Ruschitzka entschlossen sich gemeinsam mit zwei sozialistischen Kollegen zur Teilnahme.

List und Härte

In der Floridsdorfer Lokomotivfabrik beschlossen 2.417 gewählte Vertreter aus ganz Österreich, die Regierung aufzufordern, entweder die Preiserhöhung zurückzunehmen oder die vorgesehen Erhöhung der Löhne. Gehälter usw. zu verdoppeln sowie keine weiteren Preiserhöhungen oder Schillingabwertungen durchzuführen. Folgenschwer war der Beschluß, die Protest- und vor allem die Streikaktivitäten kurzfristig zu unterbrechen, denn dadurch wurde, wie sich der ehemalige Landessekretär der KPÖ, Peter Kammerstätter, erinnert, „dem Gegner die Möglichkeit gegeben, seine Leute in die Hand zu bekommen".

Und tatsächlich, als die Lenzinger Abordnung wieder zurück kam - da muß in der Zwischenzeit schon die

Landesleitung der SPÖ die ganzen Betriebsräte in der WTK und bei uns verständigt haben" –, hieß es, die Wiener Abmachung gelte nicht, und der Lohn-Preis-Pakt werde angenommen. Franz Mittendorfer und Alfred Ruschitzka wurden ausgesperrt: „Wir kommen heim und dürfen nicht mehr in den Betrieb hinein: der Ruschitzka Fredl, ich, die VdUler auch, weil sie auch dafür waren, für alles. Die haben sie auch entlassen, aber wieder ein paar genommen."

Mittendorfer konnte einen Monat später als Lehrer zu arbeiten beginnen. Ruschitzka, der trotz Lohnfortzahlung ausgesperrt blieb und 1951 gekündigt wurde, strengte einen Gerichtsprozeß an, der zwar erst nach Jahren – in seinem Sinne aber erfolgreich – beendet wurde. Da er ebenso bereits ein andere Anstellung gefunden hatte, ging er nicht mehr nach Lenzing zurück.

Auch im Kohlenrevier wurde die Durchführung eines Streiks hintertrieben. In Gschwendt hatte man keinen Erfolg. Hier wurde unter der Führung des kommunistischen Betriebsratsobmannes Josef Zöbl im ganzen Betrieb, der damals etwa 500 Leute beschäftigte, zehn Tage lang die Arbeit niedergelegt. In Kohlgrube hatte sich die Haltung der SP-Betriebsräte bereits durchgesetzt, und es kam lediglich zu einer großen Belegschaftsversammlung und zu „harten Diskussionen" zwischen Sozialisten und Kommunisten, an denen auch die Gschwendter teilnahmen.

In Ampflwang kam es ebenfalls nicht zu viel mehr als zu Belegschaftsversammlungen oder stundenweisen Streiks. Josef Fammler erinnert sich noch an die Zerrissenheit der Aktionen im Kohlenrevier und ihre Hintergründe. Er arbeitete damals im Waldingerstollen und weiß noch: „Die Ampflwanger haben uns gesagt, bei ihnen arbeiten schon wieder alle, die sind alle eingefahren." Gelingen konnte dies unter anderem deshalb, weil verbreitet wurde, das sei eine „kommunistische Angelegenheit, tut da die Fingern weg". – „Da haben sie´s richtig eingeschüchtert, das sind ein paar SPler gewesen."

Folgen

Nach dem Oktoberstreik wurden unter dem Vorwurf des Landesverrats alle Protestkräfte aus allen Machtpositionen des ÖGB verdrängt. Der SPÖ gelang es, sich die Vorherrschaft im Gewerkschaftsbund zu sichern. Die Großparteien SPÖ und ÖVP schlossen sich im Rahmen der „Sozialpartnerschaft" noch enger zusammen, einig In ihrer Ablehnung der KPÖ. Nicht zuletzt mit der gezielt verbreiteten Lüge vom kommunistischen Putschversuch wurde die KPÖ in die Isolation gedrängt und verlor auch wichtige Positionen in den Betrieben, überall wurden Kommunisten ausgesperrt, allein in Oberösterreich insgesamt fast tausend.

Somit entstand das große Problem, wieder einmal die Unterstützung für die Entlassenen und ihre Familien zu organisieren. Obwohl in jener Zeit etwa tausend Mitglieder für die KPÖ gewonnen werden konnten, gelang es aufgrund der mangelnden Erfahrungen der Neuen meist nicht, die in den Betrieben verlorenen tausend angemessen zu ersetzen. Peter Kammerstätter: „Das ist ja ein langer Prozeß, und dann beginnt ja erst der Terror in den Betrieben, wo sich keiner zu rühren getraut hat, das kommt ja noch dazu.'"

Christian Hawle, Die KPÖ im Bezirk Vöcklabruck – Ein historischer Überblick, 1989

Arbeiter und Angestellte!

In ernster Stunde fragen wir Euch: Wer gibt die Parole zum Generalstreik?

Die Kommunisten!

Habt Ihr Euch daran zu halten? Nein!

Denn Generalstreik ist Auflösung Österreichs!

Der Landesparteivorstand der SPÖ

Streiktage

Mittwoch, 27. September: Aufrufe von AK-Präsident Kandl und der SPÖ gegen den Streik. Rundfunkaufruf der oö Landesregierung gegen „wilde" Streiks. Protestmarsch von 3.000 Lenzing-Arbeitern nach Vöcklabruck, Beschäftigte der OKA-Timelkam, ÖBB-Attnang, Spinnerei Johannisthal und der WTK schließen sich an.

Streikdrohung der Solvay. Betriebsversammlung in Ranshofen beschließt abwartende Haltung. Streikende des Wirtschaftshofes besetzen kurzfristig die Tabakfabrik. Streikende blockieren am Linzer Hauptbahnhof den Zugverkehr. In Linz werden 3.000 bewaffnete Gendarmen zusammengezogen.

Donnerstag, 28. September: Steyr-Delegation nach Wien. Wiederaufnahme der Arbeit im Magistrat Steyr nach Intervention des Bürgermeisters. Rückkehr der Voest-Delegation aus Wien.

Konferenz von oö Betriebsräten in der Voest-Kantine. Betriebsvollversammlung der Voest. Stürmung des Senders Rot-Weiß-Rot wird verhindert. Betriebsversammlung der ESG beschließt Streikunterbrechung.

Wiederaufnahme der Arbeit in den ÖSW. Polizei sperrt Nibelungenbrücke und Postdirektion. Streik in der Solo, KAG, OKA und Nettingsdorfer. Franck-Belegschaft lehnt Beteiligung am Streik ab. Proteststreiks in Betrieben in Traun. Werksverbot für Kommunisten in Lenzing. Warnstreik in der WTK. Der „Freie Arbeitnehmerverband" des VdU-Abgeordneten Huemer stellt sich gegen den Streik.

Freitag, 29. September: Vertrauensmännervollversammlung der Voest lehnt Figl-Angebot ab und beschließt Fortsetzung des Streiks sowie Wahl von Streikleitungen in Abteilungen. Einzelne Vertreter von SPÖ und VdU stellen Mitarbeit im Streikkomitee ein.

Betriebsversammlung in Ranshofen beschließt den Streik und Marsch auf den Braunauer Stadtplatz. Betriebsversammlung in Steyr beschließt Ergebnis der BR-Konferenz abzuwarten. Protestresolution des Betriebsrates der Ennskraftwerke.

Samstag, 30. September: VAW-Ranshofen wird von B-Gendarmerie besetzt, 800 Arbeiter marschieren zum BR-Büro. Gesamtösterreichische Betriebsrätekonferenz in Wien-Floridsdorf mit 2.417 TeilnehmerInnen beschließt Fortsetzung des Streiks.

Als der Oktoberstreik nach Ranshofen kommen sollte

„Machen Sie keine Umstände“

Braunau war weit vom Schuß. Vom 4. Lohn-Preis-Pakt und den Protesten, die dessen Ankündigung in der letzten Septemberwoche des Jahres 1950 ausgelöst hatte, erfuhren die Menschen – wenn auch verfälscht – selbst in dieser damals noch entlegenen Gegend.

Gründe für tiefe Unzufriedenheit hatten die Arbeiter der Vereinigten Aluminiumwerke Ranshofen (VAW) nicht weniger als die in Linz, von denen die Streikbewegung ausgegangen war. Ihnen ging es um die Durchsetzung der eigenen Interessen und um die praktische Solidarität mit den kämpfenden Belegschaften in der Voest und in den Steyr-Werken.

Entgegen einem einhelligen Beschluß sollte aus der Demonstration nichts werden — dies verhinderten Direktion und sozialdemokratische Betriebsratsmehrheit mit Hilfe der Gendarmerie. Hat es in den VAW damals einen Streik gegeben? Genaugenommen zwei, denn in den meisten Abteilungen wurde am Mittwochnachmittag und am Samstag nicht gearbeitet. Verhindert wurde aber der Protestmarsch auf den Braunauer Stadtplatz, auf den an Samstagvormittagen viele aus der ganzen Gegend zum Einkaufen kamen. Damit hätte ein öffentliches Signal gesetzt werden sollen, daß es auch im Innviertel Unzufriedenheit mit der Lohn- und Preispolitik der Regierung gab.

Damals war das westlichste Viertel Oberösterreichs noch ein sehr schwieriger Boden für die Arbeiterbewegung: Viele Arbeiter der ersten Generation, die in vielem noch in der katholischbäuerlichen Denkungsart verwurzelt waren, die Aluminiumwerke in Ranshofen der einzige Großbetrieb in der ländlichen Gegend, ansonsten nur noch einige mittlere Industriebetriebe, wovon KTM in Mattighofen der bekannteste war und ist, und schließlich: sehr viele VdU-Wähler. Das waren zum allergrößten Teil solche, denen das tausendjährige Germanenreich mit sechs Jahren voll Krieg und Verfolgung, Terror und Leid viel zu kurz gedauert hatte. Das hatte auch damit zu tun, daß die Nazis die Aluminiumwerke, die Aluteile für die deutsche Luftwaffe herstellten, hatten errichten lassen.

Der VdU war übrigens mit tat- und finanzkräftiger Unterstützung von Innenminister Helmer als Sammelbecken für die Ehemaligen gegründet worden. Das war derselbe soziale Demokrat, der in der „Arbeiter- Zeitung" den Streik als kommunistisch-faschistische Verschwörung denunzieren ließ, weil sich in der Voest zuerst auch Anhänger der dortigen VdU-Mehrheitsfraktion am Protest gegen das 4. Lohn-Preis-Abkommen beteiligt hatten — so wie es die sozialistischen Betriebsräte und die führenden sozialistischen Gewerkschaftsfunktionäre in Linz zuerst auch getan hatten.

Als ein SPler den ersten GE-Betriebsrat ins Werk brachte

Um in Ranshofen beschäftigt zu werden, bedurfte es der Empfehlung seitens eines sozialdemokratischen Gewährsmannes. Ohne eine solche hätte Fritz Gerhartinger, 1949 auf der Liste der Gewerkschaftlichen Einheit zum Betriebsrat gewählt und Obmann der kommunistischen Betriebsorganisation, nicht seit 1946 in den Vereinigten Aluminium Werken (VAW) arbeiten können. Dabei ist dem Protege ein kleiner Fehler unterlaufen, der wohl aus sozialdemokratischer Überheblichkeit resultierte. Fritz hat dazu in einem Interview mit dem Verfasser erzählt: „'46 hab ich dann im Werk angefangen. Allerdings hat man mir damals die Frage gestellt, ob ich organisiert bin, und ich hab damals gesagt: ‚Ja.' Der Betreffende hat natürlich geglaubt, daß ich bei der SP organisiert bin. Ich war aber bei der Bauarbeitergewerkschaft."

Kurz danach ist er Mitglied der KPÖ geworden. Die zwei Genossen im Werk haben ihm geraten: „Fritz, da herinnen mußt ruhig sein, sonst fliegst so schnell wieder hinaus, wie du hereinkommen bist." Er hat diesen Rat nicht beherzigt. Bevor er hinausgeflogen ist, hat er aber noch einiges zustande gebracht.

Seiner erfolgreichen Kandidatur zum Betriebsrat war ein Sakrileg vorausgegangen: „Da war es so bei den Betriebsversammlungen, daß die Werksmusik gespielt hat, dann hat der Betriebsrat einen Bericht gebracht, und kein Mensch hat geredet, und nach der Betriebsversammlung haben die Kollegen natürlich zum Schimpfen angefangen über die Mißstände." Nachdem sich bei ihm dann genug Ärger über die Parteibuchmißwirtschaft aufgespeichert hatte, fand er den Mut, die ganze Versammlung zu überraschen, indem sich erstmals einer zu Wort meldete. Der Beifall hatte ihn ermutigt, bei der nächsten Betriebsratswahl anzutreten. Zugleich gelang es, eine Betriebsorganisation mit 15 Mitgliedern aufzubauen.

Als Betriebsrat orientierte er seine Tätigkeit nicht zuerst am Betriebsinteresse, sondern an dem der Beschäftigten. Deshalb ging er mit seinen Anliegen auch immer wieder gleich zum Direktor, statt sich von seinen sozialdemokratischen Betriebsratskollegen zum Beispiel anzuhören, daß es das Werk nicht verkraften würde, wenn die Gießereiarbeiter Leder- statt der Holzschuhe bekommen würden. Nachdem das bessere Schuhwerk für diese Abteilung erreicht worden war, verlangten die Arbeiter in den anderen, daß ihre Betriebsräte auch erreichen können müßten, wozu der Kommunist imstande war,

Nachdem die Arbeiter von den Streiks in Linz erfahren hatten, kamen sie zu ihm: „Fritz, was ist bei uns? Können wir nicht eine Versammlung machen, Streik usw.?" Eine Betriebsversammlung kann aber nur der Betriebsrat einberufen. Dazu wurde die Mehrheit bewogen, indem die meisten am Mittwoch, den 27. September, aus der Kantine nicht mehr zur Nachmittagsschicht gegangen sind, sondern deren Einberufung verlangten.

Streik mitbeschlossen, Gendarmerie geholt

Am Freitag fand dann die Vollversammlung statt. Die Wortmeldungen und das Abstimmungsergebnis sind in einem Protokoll verzeichnet, das der Betriebsrat anfertigen ließ. Einen Streikbeschluß versuchten die Funktionäre der SPÖ zuerst mit Warnungen vor Lohnausfall, der durch den ÖGB nicht ausgeglichen würde, zu verhindern — auch mit Denunzierungen etwa folgender Art: „Es geht nicht an, daß einige Leute die große Masse ins Chaos stürzen. Die Horde (!) hat auch in Linz die Familien ins Unglück gestürzt." Als sie merkten, daß die Stimmung unter den Arbeitern gegen ihre Abwiegelungsversuche waren, versuchte es der Betriebsratsobmann Kasinger mit verbal-radikalen Attacken auf die Gewerkschaftsrührung: „Unsere Führung hat uns verlassen... Und ich bin auch dafür, daß sie abgesetzt werden." Seine anschließende Frage, ob am nächsten Tag um zehn Uhr früh eine Demonstration stattfinden solle, verneinten ganze vierzehn von etwa 1500 Anwesenden.

Als Fritz Gerhartinger um vier Uhr früh ins Werk kam — Schichtbeginn war um sechs —, fand er es schon von Gendarmerie und Werkschutz besetzt, und Jeeps der US-Armee waren aufgefahren, und es wurde eine von Generaldirektor

Klein gezeichnete Verlautbarung verteilt, in der es hieß: „Das Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe ... hat gebeten, diejenigen Belegschaftsmitglieder namhaft zu machen, die sich vom Arbeitsplatz entfernen." Trotz dieser Denunziationsaufforderung, der sich Herr Klein ausdrücklich anschloß, und der staatlichen Gewalt im Betrieb versammelte sich noch die Hälfte der Belegschaft in der Kantine, wo sie Gerhartinger informierte, daß sich die Sozialisten im Betriebsrat gegen die von ihnen mitbeschlossene Aktion stellten und nicht bereit waren, für ihr Verhalten wenigstens eine Mehrheit bei einer neuerlichen Vollversammlung zu gewinnen. Die Arbeiter gingen dann zwar in ihre Abteilungen, gearbeitet wurde an diesem Samstag, den 30. September, aber nicht mehr.

Verhaftet und entlassen

Gerhartinger hatte an diesem Samstag Spätschicht. Kurz vor Ende der Schicht wurde er in die Direktion gerufen. Der eigentliche Zweck aber stellte sich heraus, als er das Zimmer verließ: „Ich gehe raus aus der Tür, auf einmal kommen von einem Nebenbüro zwei Gendarmen mit aufgepflanztem Bajonett raus: „Herr Gerhartinger, machen Sie keine Umstände, Sie sind verhaftet!' „ Er wurde in den Gemeindekotter nach Braunau gebracht. Erst ein, zwei Stunden später konfrontierte ihn ein Gendarmerieoffizier mit der offiziellen Anschuldigung: „Sie sind gesehen worden mit mehreren Leuten außerhalb des Werkes, und es wird vermutet, weil sie so den Streik nicht hätten weiterführen können, daß Sie Transformatoren in die Luft sprengen wollten, damit das Werk zum Stillstand kommt." In den Morgenstunden wurde er freigelassen. Mit der Anschuldigung des Aufruhrs und der Sabotage einige Wochen später vor dem Arbeitsgericht versuchte es die Direktion noch einmal erfolglos, seine Entlassung und Aussperrung aus dem Betrieb zu begründen.

Bei der zweiten Verhandlung versuchten sie es damit, daß er dazu aufgerufen hätte, daß alle streiken sollten, also auch die Ofenarbeiter. Hätten die das getan, wären die Öfen kaputtgegangen. Von einer Sekretärin hatte er aber das Protokoll jener Vollversammlung erhalten, worin seine explizite Aufforderung enthalten war, daß alle streiken sollen mit Ausnahme der Ofenarbeiter. Diese Verhandlung zog die gerichtliche Aufhebung der Aussperrung des gewählten Betriebsrates nach sich.

Auf das Angebot einer Versetzung nach Unterlaussa bei besserer Stellung und Bezahlung wäre Gerhartinger unter der Bedingung eingegangen, daß die Direktion alle rund 100 Kündigungen zurückgezogen hätte. Seine Entlassung wurde schließlich erreicht, weil er es in einem Flugblatt als Komplott von Direktion und Betriebsrat gegen ihn bezeichnet hatte, daß die Sammlung von Unterschriften unter der Behauptung, nicht mit Gerhartinger zusammenarbeiten zu wollen, angeordnet worden war. Er hätte seine Behauptung nur beweisen können, wenn er seinen Informanten ausgeliefert hätte.

Mit dieser Kündigung war ihm jede Möglichkeit versperrt, in Oberösterreich Arbeit zu finden. Die Landesleitung der KPÖ wollte nicht, daß er nach Wien oder Niederösterreich hätte übersiedeln müssen — nach einiger Überlegung willigte er ein, als Verantwortlicher für Betriebsarbeit in Oberösterreich zu arbeiten.

Nachdem in den VAW bei den AK-Wahlen 1954 für die GE 125 Stimmen abgegeben worden waren, konzentrierte er seine Anstrengungen darauf, wieder eine Betriebsorganisation aufzubauen und bei den Betriebsratswahlen eine Kandidatur zustande zu bringen. Beides gelang und Hans Fischer wurde zum Betriebsrat gewählt. Dies eine Mandat verlor die Liste der GE, aus der dann die des GLB wurde, nie mehr. In den siebziger Jahren wurden daraus zwei, dann drei. 1990 gab es in den mittlerweile in Einzelbetriebe zersplitterten Teilen der früheren AMAG neun GLB-Betriebsräte. Der Grundstein dafür ist schon 1950 gelegt worden — mit einer Politik auf Gewerkschafts- und Parteiebene, die im Betrieb mit den Beschäftigten für ihre Interessen wirkte, statt für den eigenen Vorteil auf Packelei mit der Direktion zu setzen, und die überbetrieblichen Interessen der Lohnabhängigen nicht dem Einverständnis mit dem angeblichen Sozialpartner von der Kapitalseite unterordnete.

Stephan Ganglbauer,
„Volksstimme", 21. September 1990

Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren!

Fritz Gerhartinger war 1950 Betriebsrat in Ranshofen

Streiktage

Sonntag, 1. Oktober: Generaldirektion sowie SPÖ, VdU und ÖVP fordern in zwei Flugblättern Abbruch des Streiks in der Voest. Verhaftung von 7 Aktivisten wegen der Vorgänge in der Arbeiterkammer. Streiks in Betrieben im Bezirk Gmunden.

Montag, 2. Oktober: Beschluß der Streikleitung der Voest für Abbruch des Streiks. Mehrheit der Arbeiter der Steyr-Werke beschließt Fortsetzung des Streiks.

Dienstag, 3. Oktober: GE-Betriebsräte der Voest fordern Urabstimmung über Weiterführung des Streiks.

Mittwoch, 4. Oktober: SPÖ lehnt Urabstimmung über Streik in der Voest ab. Wiederaufnahme des Streiks in den Steyr-Werken. Kundgebung am Stadtplatz in Steyr, Rathaus ist von B-Gendarmerie besetzt. Flugblatt der SPÖ und des Vorstandes fordert mit Entlassungsdrohung Streikabbruch. Steyr-Werke werden von Gendarmerie besetzt. Streikbeschluß Holzbauwerke Weyer. Zwei Arrestierungen wegen „Verbreitung beunruhigender Gerüchte" in Braunau.

Donnerstag, 5. Oktober: Streik in der USIA-Papierfabrik Obermühl. Wiederaufnahme der Arbeit in den Steyr-Werken. Erste Betriebsratssitzung nach Ende des Streiks in der Voest. Präsidium der BR-Konferenz beschließt offiziell Streikabbruch.

Freitag, 6. Oktober: Abbruch der letzten Streikbewegungen.

Streikende Arbeiter wurden im Stich gelassen

Kammer und ÖGB auf der falschen Seite

Arbeiterkammer und Gewerkschaften spielten beim Oktoberstreik 1950 eine sehr unrühmliche Rolle. Aus Parteiräson zur SPÖ ließen sie nicht nur die kampfbereiten ArbeiterInnen im Stich, sondern waren mit der US-Besatzungsmacht im Rücken maßgeblich an der Niederschlagung der Streikbewegung beteiligt. Sowohl die Vorgeschichte des Streiks, als auch seine Nachwirkungen zeigen jedoch klar und deutlich die Stimmung in der Arbeiterschaft und damit auch, daß AK und ÖGB dem zuwidergehandelt haben.

Bereits bei der 6. Vollversammlung der oö Arbeiterkammer am 15. Dezember 1947 gab es eine heftige Debatte über die Währungsreform. Dabei wurde von den KPÖ-Vertretern im Zusammenhang mit dem im August 1947 abgeschlossenen 1. Lohn-Preis-Pakt die der Arbeiterschaft abverlangten Opfer kritisiert und eine Gegenresolution eingebracht. Bei einem heftigen Schlagabtausch wurde wechselseitig der SPÖ „amerikanische Abhängigkeit“ und der KPÖ „russische Hörigkeit“ vorgeworfen. Für die 11. Vollversammlung am 18. März 1949 wird im Zusammenhang mit dem Lohn-Preis-Abkommen vermerkt, daß es den ”außerordentlich aggressiv agierenden Kammermitgliedern der Kommunistischen Partei” gelang, ”die Vertreter der Sozialisten aus ihrer Reserve zu locken”. Bei der 13. Vollversammlung am 16. September 1949 wurde mehrheitlich (68 SPÖ, 24 ÖVP) gegen die Stimmen der KPÖ (16 Mandate) die Regierungspolitik ausdrücklich unterstützt.

Der wiederholte Protest der Kommunisten in der ÖGB-Landesexekutive und der AK-Vollversammlung (Zusammensetzung nach dem Wahlergebnis vom 23./24. Oktober 1949: 60 SPÖ, 34 VdU, 13 ÖVP, 5 KPÖ) gegen die Lohn-Preis-Pakte wurde von der sozialdemokratischen Mehrheit aus Partei- und Regierungsräson ignoriert, den Protest in den Betrieben konnte sie freilich nicht im gleichen Maße zügeln, waren doch die Arbeitnehmer ”einfach nicht mehr bereit eine Verschlechterung der Lebenserhaltung auf sich zu nehmen”. Zwischen 2. August und 24. September 1950 verlangten die Belegschaften von 88 großen Betrieben aller Branchen Lohnerhöhungen zwischen 15 und 30 Prozent, ihre Forderungen wurden von 23 Gewerkschaftsortsgruppen und Landeskonferenzen zweier Fachgewerkschaften unterstützt.

Bei der 4. AK-Vollversammlung am 13. September 1950 warnten in zahlreichen Diskussionsbeiträgen auch SPÖ-Kammerräte ”eindringlich vor der ungezügelten Preisentwicklung”, die Vollversammlung lehnte in einer Resolution eine einseitige Abwicklung der Lasten der Wirtschaftsentwicklung auf der Lohnseite ab. Mit einer Resolution gegen „Umtriebe auf dem Gebiet der Getreidepreise“ versuchte die SPÖ-Mehrheit den Unmut der Arbeiter auf die Bauern und parteipolitisch gegen die ÖVP zu lenken um gleichzeitig dem kommenden 4. Lohn-Preis-Pakt die Zustimmung zu geben.

Ausgelöst durch das Bekanntwerden der Inhalte des neuen Paktes begann am 25. September 1950 in der Voest und den Steyr-Werken - und nicht wie immer wieder behauptet wird in den USIA-Betrieben in der sowjetischen Besatzungszone - unter maßgeblicher Beteiligung auch der SPÖ-Betriebsräte die Streikbewegung. Am 26. September trat die ÖGB-Landesexekutive zu einer Sitzung zusammen, die am 27. September fortgesetzt wurde, als eine große Zahl aufgebrachter Arbeiter zum Gebäude der Arbeiterkammer zog und in das Gebäude eindrang. Die Demonstranten verlangten von Präsident Kandl, das Lohn- und Preisabkommen für ungültig zu erklären, was dieser unter dem Druck schließlich tat.

Die Drohung eines VdU-Vertreters, Kandl vom Balkon zu stürzen, wurde ebenso wie die Bildung einer illegalen ÖGB-Landesexekutive in der Folge immer wieder versucht der KPÖ anzulasten. Tatsächlich waren es aber Kommunisten, die Ausschreitungen verhinderten. So etwa der KPÖ-Personalvertreter Franz Hagmair (ÖBB-Hauptwerkstätte Linz), der als Mitglied der ÖGB-Landesexekutive verhinderte, daß Kandl aus dem Fenster gestürzt wurde. Und der Kommunist Leo Pötscher (ESG) verhinderte die ebenfalls vom VdU inszenierte Übernahme der Landesexekutive und setzte statt dessen durch, daß für den Abend desselben Tages eine Betriebsrätekonferenz einberufen wurde.

Am 11. Oktober setzte die ÖGB-Landesexekutive ihre am 27. September unterbrochene Sitzung bei Abwesenheit der KPÖ fort, wobei Harringer (SPÖ) die Vorgangsweise der KPÖ verurteilte und sich dem Radlmaier (ÖVP) anschloß. Der AK-Vorstand tat dasselbe am 17. Oktober, wobei sich dort auch der VdU-Vertreter Heidl dieser Verurteilung anschloß. Das Versagen der Arbeiterkammer wurde in der Folge von der SPÖ-Mehrheit zu einer wüsten Hetze gegen die Kommunisten benützt und als die ”traurigsten Ereignisse in der Geschichte” der Arbeiterkammer und als ”Schändung” dieser Institution der Arbeiterbewegung interpretiert um das eigene Versagen zu rechtfertigen.

Die 5. Vollversammlung der Arbeiterkammer am 19. Dezember 1950 benützte die SPÖ zu einer siebenstündigen Abrechnung mit der KPÖ. Auf Antrag von Harringer wurde mit 86 gegen 6 Stimmen dem KPÖ-Arbeiterkammerrat Adolf Trapp, den man offensichtlich als Sündenbock gesucht hatte, sein Kammermandat entzogen. Mit 87 gegen 7 Stimmen beschloß die Vollversammlung den Ausschluß der KPÖ-Mandatare aus den Ausschüssen. Allerdings war die SPÖ bei dieser Vorgangsweise übereifrig und so mußte sich eine außerordentliche Vollversammlung am 20. September 1951 neuerlich mit dem Fall Trapp befassen. Unter Hinweis auf Verfahrensmängel hatte Trapp nämlich beim Verwaltungsgerichtshof Einspruch erhoben und dieser hatte am 9. Juli 1951 die Entscheidung der AK-Vollversammlung aufgehoben.

Die 9. Vollversammlung am 20. Dezember 1951 bestätigte den Ausschluß von Trapp mit der Begründung einer ”gröblichen Verletzung seiner Pflichten”, worauf dieser neuerlich Einspruch erhob. Erst am 30. Jänner 1953 konnte AK-Direktor Kleiner berichten, daß der Ausschluß bestätigt worden war. Die einzige Begründung dafür war die Trapp angelastete Äußerung beim Eindringen protestierender Arbeiter in das AK-Gebäude ”es ist alles abgesetzt und jetzt sind wir da”, mit welcher die Arbeiterkammer als freigewählte Körperschaft in ihrem Fortbestand gefährdet worden sei.

Faktisch in jeder Vollversammlung wurde mit Resolutionen in den Jahren nach dem Oktoberstreik die Belastungspolitik der Regierung auf Kosten der Arbeiter angeprangert. So wurde etwa bei der 12. Vollversammlung am 14. Oktober 1952 „mit Besorgnis eine fühlbare Verschlechterung der Wirtschaftslage“ konstatiert. Damit wurden nachträglich die berechtigten Motive der am Oktoberstreik beteiligten Arbeiter und auch der KPÖ bestätigt. Allerdings stimmten AK und ÖGB weiterhin der verbal kritisierten Regierungspolitik eisern zu und begannen mit der Institutionalisierung der

zunächst als „Astgemeinschaft“ bezeichneten Sozialpartnerschaft.

Leo Furtlehner

● Quelle: Aufbruch in eine bessere Zeit, Die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich 1920 bis 1980, AK-Oberösterreich, 1981

Sozialdemokratische Sumpfblüten

„Laßt euch nicht für äußerst gefährliche und dunkle Pläne mißbrauchen“ Bürgermeister Ernst Koref.

„Ihr dürft Euch nicht zu auf das schwerste schädigende Exzesse hinreißen lassen.“ AK-Präsident Heinrich Kandl.

„Es handelt sich um eine Streikbewegung, die von den USIA-Betrieben ausgelöst wurde.“ Fritz Klenner – tatsächlich begann der Streik in den Steyr-Werken und der Voest, beide lagen in der US-amerikanischen Besatzungszone

„Eine illegale Gewerkschaftsleitung, die sich provisorische Landesexekutive nannte ... unter Vorsitz des kommunistischen Betriebsrates Pötscher von der Voest.“ Fritz Klenner – Leo Pötscher war nicht in der Voest, sondern in der ESG beschäftigt und auch nicht Vorsitzender einer illegalen Gewerkschaftsleitung.

„Dieses Bundesland ... ist politisch anfällig. ... Ihr politisches Denken und Fühlen wird ausschließlich von Ressentiments diktiert; sie sind echter politischer Flugsand, der in gegebenen Situationen zum politischen Dynamit werden kann.“ Alfred Migsch.

„In den Händen der abgefeimten, klug getarnten kommunistischen Hintermänner wird eine solche Masse leicht zu einem fügsamen Kitt, der noch dazu in den der Goebbels-Propaganda nachgebildeten Phrasen der Kommunisten verständlichen Anklang findet.“ Alfred Migsch

Peter Kammerstätter über den Oktoberstreik 1950

Die Hauptschwäche war die Unterbrechung...

Als Landessekretär der KPÖ war Peter Kammerstätter beim Oktoberstreik 1950 der Informationsaustausch zwischen den Betrieben und die Rolle der KommunistInnen das zentrale Anliegen:

Wagner: Wie war die Stimmung bei der Funktionärekonferenz vom 24.9.?

Kammerstätter: Ich war selbst nicht bei dieser Konferenz, da ich gerade zur Mobilisierung im Salzkammergut gewesen bin. Aber wie wir uns noch am selben Abend getroffen haben, war schon die Stimmung da für Aktionen. Natürlich gibt es immer Skeptiker, die zweifeln, ob es gehen wird, es gibt auch unter den Arbeitern sehr viele passive Elemente, die manchmal eben mitgerissen werden und u.U. ins Gegenteil umschlagen.

Wagner: Warum wurde in der Extraausgabe noch nicht zum Streik aufgerufen?

Kammerstätter: Weil am Anfang ja noch gar nicht festgestanden ist, daß es dazu kommt. Es ist ja in erster Linie gegen den Preistreiberpakt gegangen, und darum, den Gewerkschaften abzusprechen, daß sie das Recht haben, einen solchen Pakt abzuschließen.

Wagner: Im Buch von Gruber und Hörzinger (Ronald Gruber/Manfred Hörzinger, ... bis der Preistreiberpakt fällt – Der Massenstreik der österreichischen Arbeiter im September/Oktober 1950, Wien 1975) wird das nämlich am Verhalten der Partei kritisiert.

Kammerstätter: Was Gruber da meint, bezieht sich wahrscheinlich darauf, daß die Zentrale der Partei in Wien überfordert war, überrascht war über die ganze Bewegung bei uns in Oberösterreich. Nicht nur über die Streiks, sondern auch über die Stimmung unter den Arbeitern, über die Große der tatsächlichen Empörung. Daher konnte auch ihre Einschätzung nicht so klar sein. Wir haben natürlich sehr stark unsere Betriebsorganisationen eingesetzt und haben sofort in der Früh mit der Agitation angefangen. Unsere Hauptaufgabe war, die einzelnen Betriebe darüber zu verständigen, wo etwas los war, die Information. So haben die in den Betrieben als erste davon gewußt, wenn z.B. in Steyr etwas los war, oft wesentlich früher wie die Gewerkschaft und die SP. Was wir nicht beachtet hatten war, daß die Amerikaner natürlich unsere Telefone abgehört haben und diese Informationen gleich an die Gewerkschaft weitergegeben haben. Die haben dadurch auch gleich gewußt, wo ein „Brandherd“ ist. (...)

Wenn man den Streik analysiert, muß man unbedingt eines beachten: Es heißt immer wieder, wir Kommunisten hätten überall die Sache in der Hand gehabt. Aber wir waren ja nicht überall so stark. Z.B. in den Stickstoffwerken waren wir nicht so stark, im Gegenteil, das war eine Insel des VdU. Auch in vielen Abteilungen der Voest, in denen viele ehemalige Nationalsozialisten waren. Die haben sich zwar sehr radikal gebärdet, sind später aber sogar Direktoren geworden.

Bei aller Radikalität, die der VdU (zumindest zu Beginn) gezeigt hat, ist natürlich schon ein wichtiger Unterschied zu unserer Politik, der bis jetzt noch viel zu wenig beachtet wurde: Wir wollten verhindern, daß die Gewerkschaftsführung diesen Pakt abschließt, während der VdU einfach gegen die Gewerkschaft war, uns ging es nicht darum, die Gewerkschaft zu zerschlagen, sondern – im Gegenteil – sie zu einem Klasseninstrument, einem Kampfinstrument zu machen. (...)

Am 27.9. bin ich im Sekretariat informiert worden, daß in den Stickstoffwerken Beschlüsse gegen die Gewerkschaft gefaßt worden sind und ein Marsch auf die Arbeiterkammer beschlossen wurde. Nun haben wir sofort erfaßt, daß es darum gehen muß, den Sturm auf die Arbeiterkammer abzuwenden, weil wir ja nicht unsere Organisationen zerschlagen wollten, das war ja die Strategie des VdU. Wir mußten versuchen, diese Bewegung auf jene umzuorientieren, die den LPP gefordert hatten, die daran profitierten. Das sind natürlich die Unternehmer, die bei der ganzen bisherigen Bewegung ungeschoren ;geblieben sind. Später haben wir erfahren, daß die in der Handelskammer die ganze Zeit gezittert haben und Vorbereitungen getroffen haben für Demonstrationen, die sie erwartet haben. Und es ist niemand hingegangen! Nicht einmal eine Delegation ist hingegangen! (...)

Wagner: Wie war eigentlich das Verhalten der Sowjetischen Besatzungsmacht? Die sind ja in Urfahr gewesen.

Kammerstätter: Die waren von Anfang an durch uns unterrichtet, aber die konnten es einfach nicht glauben, wenn wir ihnen erzählten, was für eine kritische Stimmung unter der Arbeiterschaft herrschte,

weil es ja vorher keine größeren Kämpfe gegeben hat. Sie waren völlig verwundert über das plötzliche Hervorbrechen des Protests, über das Ausmaß der Kämpfe. (...)

Wagner: Es heißt immer, der Streik habe von Linz seinen Ausgang genommen. Nun behauptet Gruber in seiner Arbeit, daß das gar nicht stimme, es sei nur ein plumper Trick der Kommunisten, um die Putschlüge zu widerlegen. Wie kommen Gruber und Hörzinger zu dieser Behauptung?

Kammerstätter: Das hängt natürlich mit ihrer Herangehensweise zusammen. Er hat ein Bild von ganz Österreich zusammengetragen, und dabei kann es natürlich sein, daß irgendwo in Wien der eine oder andere Betrieb schon vor der Voest gestreikt hat. Aber worauf es ankommt ist ja, daß die gewaltige Bewegung von Linz ausgegangen ist, und nicht von den USIA-Betrieben, daß die Bewegung in Linz jedenfalls völlig selbständig entstanden ist und keinen Anstoß von irgendwelchen USIA-Betrieben gebraucht hat. (...)

Wagner: Ihr habt ja den Streik nachher analysiert. Was habt ihr als eure hauptsächlichen Fehler eingeschätzt?

Kammerstätter: Die Hauptschwäche war natürlich die Unterbrechung; dann ist festzustellen, daß wir trotz unserer guten Arbeit so einem großen Kampf und allen dabei anfallenden organisatorischen Aufgaben nicht gewachsen waren. Dafür waren wir zu schwach und z.T. auch zu unerfahren. (...)

Es sind allein in Oberösterreich fast tausend Kommunisten oder Sympathisanten hinausgeschmissen worden. Alleine in Steyr wurden von den etwa 500 Mitgliedern der BO 350 gekündigt! Das hat praktisch unsere ganze Betriebsorganisation zerstört; in Linz waren es über 200 Leute, allerdings weniger Kommunisten. Im Zusammenhang mit dem Oktoberstreik haben wir in ganz Oberösterreich allerdings ca. 800 Mitglieder geworben.

Wagner: Der Streik hat der KPÖ sicherlich keine Sympathien gekostet, ihr im Gegenteil welche gebracht, wie sich auch bei den Wahlen zeigte. Warum, glaubst du, ist es ihr nicht gelungen, diese Sympathien auch zu halten? War der Kurs

Peter Kammerstätter (1911-1993) war 1950 KPÖ-Landesparteisekretär

richtig?

Kammerstätter: Zum einen ist die Wirtschaftsentwicklung dafür verantwortlich. Sowohl die Regierung wie auch die Amerikaner haben kapiert, daß, wenn sie die Wirtschaft ankurbeln und Arbeit schaffen, die Kommunisten wenig Einfluß bekommen.

Wagner: Ich habe den Eindruck, die KPÖ hat damals, nicht eingeschätzt, daß Österreich mit dieser natürlich unsozialen Wirtschaftspolitik, die Regierung und ÖGB eingeschlagen hatten, auch aus der Krise kommen kann. Die Orientierung war doch eher die, daß die Wirtschaftspolitik zu einer Massenverelendung führen müsse, und daß dies die Arbeiter radikalisieren würde.

Kammerstätter: Ja, das stimmt. Ähnlich war es ja auch beim Marshall-Plan. Solche Tendenzen hat es jedenfalls gegeben. Ein weiteres wichtiges Moment war natürlich auch, daß die SP ihre Funktionäre vergattert hat, sie „politisiert" hat, um unserer Agitation besser Widerstand leisten zu können; daß sie systematisch alle leitenden Gewerkschaftsebenen von Kommunisten gesäubert haben, Gewerkschaftssekretäre wurden überall entlassen. Die SP hat auch stärker angefangen, mit Druck zu arbeiten und die Arbeiter politisch zu terrorisieren. Deshalb ist es auch unseren Genossen in den Betrieben nicht gelungen, die Arbeiter für die Parteipolitik zu mobilisieren; das wohl zum Teil wegen der Angst, vielleicht haben es auch die Genossen einfach nicht verstanden.

Interview mit Peter Kammerstätter am 19. Dezember 1981

● Quelle: Friedrich Wagner, Der Streik vom September/Oktober 1950 - Unter besonderer Berücksichtigung der Linzer Ereignisse, Diplomarbeit, 1982

Literatur

● Epler Ernst, Der große Streik, Stern-Verlag Wien, 1965

● Hawle Christian, Die Kommunistische Partei Österreichs im Bezirk Vöcklabruck - Ein historischer Überblick, KPÖ- Vöcklabruck, 1989

● Klenner Fritz, Putschversuch oder nicht?, Ein Tatsachenbericht, Pressereferat des ÖGB, Wien, 1950

● KPÖ - Beiträge zu ihrer Geschichte und Politik, Globus-Verlag, 1987

● Migsch Alfred, Anschlag auf Österreich, Ein Tatsachenbericht über den kommunistischen Putschversuch im September-Oktober 1950, Zentralsekretariat der SPÖ Wien, 1950

● Nekula-Berton Franz, Heinrich Kandl - Ein Leben für den sozialen Fortschritt, Verlag des ÖGB

● Rausch Wilhelm/Lotteraner Max, Aufbruch in eine besserer Zeit, Die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich 1920 bis 1980, AK-Oberösterreich, 1981

● Scheuch Manfred, Österreichs Schicksal im Kartenbild - Der AZ Geschichtsatlas, SPÖ-Verlag, 1982

● Verschwörer gegen Österreich, Tatsachen und Geständnisse der Fünften Kolonne, Zentralsekretariat der SPÖ Wien 1950

● Wagner Friedrich, Der Streik vom September/Oktober 1950 - Unter besonderer Berücksichtigung der Linzer Ereignisse, Diplomarbeit, Linz, 1982

● Wiesinger Karl, Der rosarote Straßenterror, Oberbaumverlag Westberlin, 1974

Aktuell

Nummer 14, September 2000

Verlags- und Herstellungsort: Linz. Erscheinungsort Linz, Verlagspostamt 4020 Linz, P.b.b., Zulassungsnummer 19609L85U

Impressum: Medieninhaber (Verleger), Herausgeber, Hersteller: KPÖ-Oberösterreich, Melicharstraße 8, 4020 Linz, Telefon (0732) 652158, Telefax (0732) 604763